Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Technische Rundschau“, „Haus Hof Garten“, Witzblatt „ULK“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 12.75 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr, Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 4.50 Mark, vierteljährlich 13.50 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn und die Tschecho-Slowakei 7.– Mark, fürs übrige Ausland 10 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207–14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 3.— u. 10% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 444 • Ausgabe A Nr. 241
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 444

Sonntag, 21. September 1919
48. Jahrgang

Die Leiden Mittelschlesiens.

Die gefälschte Landkarte.

Von [Nachdruck verboten.]

* * *

Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes ist ein höherer preußischer Beamter, der während der Versailler Verhandlungen mit einer Arbeit über die schlesischen Grenzen dienstlich beschäftigt war. Mit ihm hoffen auch wir, daß der Nachweis der Fälschung in den Karten, die der Ententekommission in Versailles vorlagen, auch jetzt noch zu einer Milderung der Bedingungen für Mittelschlesien führen wird. Die Redaktion.

Die Friedensbedingungen gerade bezüglich der Ostgrenze enthalten viele Bestimmungen, die allen Ideen von Selbstbestimmung und Gerechtigkeit geradezu ins Gesicht schlagen. Das krasseste Beispiel hierfür ist die Behandlung Mittelschlesiens, das seit vielen Jahrhunderten vor der Teilung Polens nur zu Deutschland, niemals zu Polen gehört hat.

Die einzige Erklärung, die uns, wenn wir die Ehrlichkeit der Motive unserer Gegner voraussetzen, dafür bleibt, ist die vollkommene falsche Vorstellung, die unsere Feinde von den tatsächlichen Verhältnissen derjenigen mittelschlesischen Grenzflächen haben, über deren Schicksal sie durch die Friedensbedingungen entschieden haben. Diese Unkenntnis ist nur dadurch zu erklären, daß die Polen die Anwesenheit ihrer Vertreter bei den Verhandlungen über die Festsetzung der Grenze, bei denen ja deutsche Vertreter bekanntlich nicht zugelassen waren, benutzt haben, der Entente irreführendes Material vorzulegen. Die Polen forderten zunächst die Bartschlinie, durch die etwa die Hälfte des Kreises Militsch und fünf Sechstel des Kreises Guhrau von Mittelschlesien abgeschnitten wurde, und erhielten sie in dem ersten Entwurf des Friedensvertrages auch zugesprochen. Der Schrei der Empörung, der daraufhin durch ganz Deutschland, insbesondere durch Schlesien ging, und die deutschen Gegenvorstellungen bewiesen klar, wie sehr diese Bestimmungen dem Nationalitätenprinzip widersprachen. Die endgültigen Friedensbedingungen ließen daher auch die Bartschlinie fallen, ließen den Kreis Militsch ganz bei Deutschland und schnitten von dem Kreise Guhrau nur noch einen kleinen rein deutschen Zipfel im Nordosten ab. Dafür wurde jedoch etwa die Hälfte des davon südlich gelegenen Kreises Groß-Wartenberg und etwa ein Sechstel des Kreises Namslau ohne Abstimmungsrecht den Polen zugesprochen, ein weiteres Viertel des Kreises Namslau aber dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet zugeteilt!

Es bleibt ein schwerer Vorwurf, den die Geschichte der Entente einst machen wird, daß sie das von Polen vorgelegte Material kritiklos als richtig angenommen hat.

Wie wenig die Entente die tatsächlichen Verhältnisse dieser Gegenden selbstständig nachgeprüft hat, geht aus einem groben Fehler in der dem offiziellen Friedensvertrage beigefügten Karte hervor, der durch die nebenstehende Skizze klar illustriert wird. Die Darstellung bezieht sich auf den nordöstlichen Zipfel des rein deutschen Kreises Guhrau, der jetzt den Polen zugesprochen ist, anscheinend um ihnen den Besitz der Bahn Lissa–Rawitsch zu sichern. Abgetreten werden sollen hier nach dem Wortlaut der Friedensbedingungen vom Kreise Guhrau die drei Ortschaften Gabel, Triebusch und Katschkau-Roniken (letzteres ist auf der Karte nicht verzeichnet). Die Ortschaften Gabel und Triebusch liegen auf der Friedensvertragskarte östlich der Bahn Lissa–Rawitsch, in Wirklichkeit aber, wie aus der gegenübergestellten richtigen Karte hervorgeht, westlich der Bahn. Ja, nicht einmal die Grenze ihrer Gemarkungen stößt an die Bahn an. Die für die Abtrennung des ganzen Kreiszipfels deutlich maßgebende Absicht, die Bahn Lissa–Rawitsch an Polen zu geben, kann daher auch erreicht werden, wenn Gabel und Triebusch bei Deutschland bleiben. Auch eine strategische Sicherung der Bahn wird durch die Abtretung der beiden vorgelegenen Orte nicht erreicht, da die Gemarkungen der beiden Orte nicht annähernd groß genug sind, die Bahn etwaigem Artilleriefeuer zu entziehen.

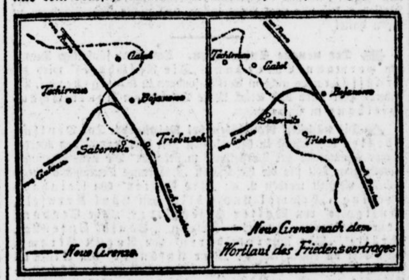
Wenn unter den Vertretern der Ententemächte in Berlin ein einziger Mann ist, der sich die Mühe nähme, von Breslau aus einen Tag im Kraftwagen zu opfern, um zu sehen, was die Wahrheit ist, er müßte sich den hier erdrückenden Beweisen beugen, daß an diesem Mittelschlesien ein ungeheuerliches Unrecht begangen wird, wenn die Bevölkerung nicht einmal gehört werden soll, wem sie gehören will.

Aus der Fülle des unanfechtbaren Materials sei nur einiges Wenige herausgegriffen.

Zunächst Guhrau:

Der ganze Kreis Guhrau ist seiner Kultur und Geschichte nach seit vielen Jahrhunderten deutsches Gebiet, das stets zu Schlesien gehört hat, im engsten Anschluß an das weite deutsche Sprachgebiet liegt und zu Polen niemals in irgendwelchen staatlichen Beziehungen gestanden hat.

Die Bauernschaft dieses seit vielen Jahrhunderten kerndeutschen Kreises ist auf ihrer Scholle nachweisbar zumeist seit Jahrhunderten seßhaft. Ueberall findet man deutsche und immer nur deutsche Namen, was die Inschriften in den alten Kirchen und auf den Friedhöfen, die Eintragungen in den Kirchenbüchern und in den Urbarien der Ortschaften vollgültig beweisen. So hat die Gemeinde Triebusch am 8. Juni 1906 zugleich mit dem dreihundertjährigen Jubiläum der evangelischen Kirche ihr fünfhundertjähriges Jubiläum als deutsche Gemeinde gefeiert in ihrem aus dem Jahre 1823 stammenden Urbarien finden sich unter der ortsangesessenen Bevölkerung nur rein deutsche Namen und im Kirchenbuch sind zahlreiche



Familien seit Jahrhunderten nachweisbar, so Galuffke seit 1607, Herberg seit 1608, Scholz seit 1608, Riedel seit 1608, Schwarz seit 1613, Klose seit 1620, Paschke seit 1625 Langner seit 1632, Beier seit 1632.

Gegenwärtig zählt Triebusch 72, Gabel 38 und Katschkau-Roniken 77 Besitzungen. Nur 13 kleine Besitzungen in allen 3 Ortschaften zusammen sind seit zehn und weniger Jahren in den Besitz von Leuten, die aus der Provinz Posen zugewandert sind und einen polnischen Namen tragen, gelangt.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 wurde eine überaus rührige Propaganda für einen polnischen Kandidaten in allen Ortschaften des Kreises betrieben. Das Resultat war in Triebusch und Gabel je zwei Stimmen für einen polnischen Kandidaten!!

Sehr wesentlich für die Beurteilung der Nationalitätenverteilung sind aber die Wahlen für die Nationalversammlung im Januar 1919. Bekanntlich hatte der oberste polnische Volksrat in Posen für diese Wahlen Wahlenthaltung proklamiert und man kann daher sicher sein, daß unter den abgegebenen Stimmen, die an 90 Prozent der Wahlberechtigten und darüber betragen, sich Nationalpolen nicht befinden. Berücksichtigt war ferner, daß stets ein gewisser Teil der Wähler durch Krankheit und andere Umstände gegen ihren Willen an der Ausübung des Wahlrechts verhindert werden, und nimmt man den hiernach ausfallenden Teil auf nur 10 Prozent der Gesamtwählerschaft an, so ergibt sich, wenn man den noch verbleibenden Rest als polnische Stimmen rechnet, folgendes Bild:

	deutsch	polnisch
Triebusch	319	6
Gabel	211	0
Katschkau-Roniken	345	0

Also Ergebnis: Es sind in allen Ortschaften fast nur deutsche Stimmen abgegeben worden.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den Kreisen Groß-Wartenberg und Namslau.

Im Kreise Namslau hat selbst nach den Angaben des gelehrten polnischen Historikers Joh. Dlugoß, Domherrn von Krakau (gest. 1480), und anderer zeitgenössischer polnischer Schriftsteller die Wiege des schlesischen Christentums gestanden und zwar in Schmograu, etwa 9 Kilometer nördlich von Namslau, unweit Reichtal — also in einem Gebiete, das jetzt an das neugegründete Polenreich ohne Abstimmung abgetreten werden soll! Dort haben die ersten schlesischen Bischöfe von 1038 ab auf längere Zeit ihren Bischofsitz gehabt.

Die Gründung der deutschen Stadt Namslau muß vor dem Jahre 1278 erfolgt sein, denn am 17. Juni 1278 treten in einer Urkunde über die Altstadt Namslau der deutsche Erbvogt Lambert von Namslau, deutsche Namslauer Bürger, und der für eine deutsche Stadt unentbehrliche deutsche Schulmeister als Zeugen auf.

Das sicher wissenschaftlich erwiesene Kennzeichen deutscher Besiedelung, daß die Bewohner eines Dorfes ihre Zehnten an die Geistlichkeit nicht als einen je nach dem Ernteertrage wechselnden sogenannten „Feldzehnten“, sondern als Geldabgabe entrichten, finden wir schon im 14. Jahrhundert in zahlreichen Dörfern des Kreises Namslau, zum Beispiel in Droschau und Skorischau.

Ueberblickt man die Geschichte dieses Kreises von den ältesten Zeiten bis zum heutigen Tage in der Fülle des in den Breslauer Staats- und Stadtarchiven vorhandenen riesigen Materials an uralten, mittelalterlichen Urkunden, so ergibt sich in überwältigender Weise der Nachweis, daß der Kreis Namslau zu allen Zeiten ausschließlich zum deutschen Schlesien, niemals zu Polen gehört hat. Die mittelalterlichen Gerichtsbücher, die Hofgerichtsprotokolle, die ländlichen und städtischen Schöffenbücher, sämtliche Stadt-

Die Schuld des Grafen Berchtold.

Die Wiener Dokumente über den Ausbruch des Krieges.

E. D. Nachdem die deutsch-österreichische Nationalversammlung ihre Zustimmung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Entente gegeben hat, tritt die Wiener Regierung sofort mit der Veröffentlichung der Dokumente über die Schuldfrage an die Oeffentlichkeit. Wie die revolutionäre Regierung in Deutschland Kautsky mit der Zusammenstellung der Akten über die diplomatischen Vorgänge vor dem Ausbruch des Weltkrieges beauftragt wurde, so wurde sogleich nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie der Historiker Dr. Roderich Gooß von dem deutsch-österreichischen Staatsamt für das Aeußere veranlaßt, die diplomatischen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges aus dem politischen Archiv des ehemaligen k. u. k. Ministeriums des Aeußern zusammenzustellen. Diese Arbeit, ein Rotbuch, liegt jetzt vor und dürfte, da es zum Teil ganz neue Tatsachen vorzubringen weiß, in der ganzen Welt lebhaft kommentiert werden. Einige Abschnitte daraus haben wir bereits in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, dieses 312 Seiten umfassende Buch, das der Presse erst in den gestrigen Nachmittagsstunden zur Verfügung gestellt wurde, heute bereits in allen Einzelheiten durchzugehen. Man wird sich zunächst nur darauf beschränken müssen, die wichtigsten unbekannten Vorgänge der Geheimdiplomatie aufzuhellen. Das Buch stellt einen Wegweiser zu dem umfangreichen offiziellen deutsch-österreichischen Rotbuch dar, das lückenlos erst noch die sämtlichen Dokumente über die damaligen diplomatischen Vorgänge bringen wird. Es kann natürlich nicht die ganzen Kriegsursachen, die ja in ihren letzten Ausläufern auf Jahrzehnte zurückgehen, berücksichtigen, sondern muß sich damit begnügen, lediglich die diplomatischen Schriftstücke, Aufzeichnungen und dergleichen zu registrieren, die den unmittelbaren Anlaß zum Kriege gegeben haben. Aber schon das genügt für die Erkenntnis, daß der Anteil der Schuld Oesterreich-Ungarns wesentlich größer ist, als man bisher angenommen hat. Die deutsche Regierung wird — in demselben Verhältnis — entlastet. Immerhin geht daraus hervor, daß die alte deutsche Regierung samt dem Kaiser in unverantwortlicher Leichtfertigkeit Oesterreich-Ungarn ohne weiteres ihre Unterstützung zugesichert hat, ohne sich große Sorgen über die ganze Tragweite einer derartigen Blankovollmacht zu machen. Die schwerwiegende Entscheidung, mit Serbien unter allen Umständen militärisch abzurechnen, selbst auf die Gefahr einer gesamteuropäischen Komplikation, ist zwar nicht in dem angeblichen Potsdamer Kronrat, sondern zwei Tage darauf in dem k. u. k. Ministerrat gefallen. Aber wenn **Graf Berchtold, der der eigentliche Kriegstreiber gewesen** ist, nicht der deutschen Rückendeckung sicher gewesen wäre, dann hätte wahrscheinlich auch dieser Ministerrat einen anderen Verlauf genommen. So sehr fühlte sich die Wiener Regierung Deutschlands Unterstützung vergewissert, daß sie glaubte, das Berliner Kabinett von dem Inhalt des Ultimatums an Serbien vorher gar nicht erst in Kenntnis setzen zu dürfen. Als sich dann der österreichisch-serbisch-russische Konflikt mehr und mehr zuspitzte, war die deutsche Regierung bereits so sehr gebunden, daß sie nicht mehr aus der Schlinge heraus konnte. Graf Berchtold behielt die politische Führung in der Hand, und Deutschland war in seinem Schlepptau. Die Warnung und Vorstellungen des Reichskanzlers nützten nichts mehr. Und der von der deutschen Regierung befürwortend nach Wien geleitete **englische Vermittlungsvorschlag**, den Konflikt durch eine Besprechung der vier nicht unmittelbar interessierten Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien, vielleicht noch in letzter Stunde zu lösen, **wurde von Wien überhaupt nicht beantwortet**, so daß die deutsche Regierung England gegenüber in den Verdacht einer mala fides kam.

Nicht zuletzt auf diese Vorstellung einer einseitigen Schuld Deutschlands hin gründen sich die schweren Vorwürfe, die die Entente Deutschland, zuletzt noch während der Friedensverhandlungen, gemacht hat. Die deutsche Regierung glaubte zweifellos über diese schwerwiegenden Tatsachen schweigen zu müssen, um Deutschösterreich bei seinen Friedensverhandlungen diplomatisch nicht in den Rücken zu fallen. Jetzt kommen diese Rücksichten nicht mehr in Betracht. Und die deutschösterreichische Regierung ist erfreulicherweise selbst loyal genug, um auch die letzten Schleier von der verbrecherischen Politik des alten k. u. k. Systems zu ziehen. Wir dürfen erwarten, daß nun endlich auch das deutsche Auswärtige Amt das schon lange in Aussicht gestellte Aktenmaterial über die Vorgeschichte des Krieges der Oeffentlichkeit übergeben wird. **(Vergl. Seite 3.)**

und Dorfakten sind in deutscher Sprache geschrieben seit sechs Jahrhunderten! Es ist ein Leichtes, Dorf für Dorf in dem ohne Abstimmung abzutretenden Gebiet den urkundlichen Nachweis dafür zu erbringen, daß es deutsche Siedelungen mit deutschen Bewohnern schon im 13. Jahrhundert waren. Die im Breslauer Stadtarchiv befindlichen Burglehnsakten aus den Jahren 1525 und folgenden enthalten ausschließlich Zeugenaussagen in deutscher Sprache, Eingaben der Landbevölkerung in deutscher Sprache.

Es ist eine ungeheure Geschichtsfälschung, wenn die Polen versucht haben, es der Entente so darzustellen, als ob gewisse Teile des Namslauer Kreises jemals zu Polen gehört hätten oder auch nur polnischer Gesinnung gewesen wären. Das nüchterne Beweismaterial für das Deutschsein dieser Gebiete von altersher ist erdrückend.

Weitere Beweise liefern die Kirchenbücher, die von jeher in deutscher Sprache geführt worden sind und die Inschriften in den Kirchen und auf den Denkmälern der Friedhöfe, die durchweg nur deutsche Sprache aufweisen.

Der gesamte Kreis Namslau ist bis auf den heutigen Tag nach Gesinnung und Sitte rein deutsch geblieben. Ein Teil der Bevölkerung beherrscht neben der deutschen Sprache die polnische, wie dies analog in den Grenzgebieten jeden Landes gefunden wird. Aber auch dieser Teil der Bevölkerung hat in leidenschaftlicher Weise erst kürzlich einem englischen Journalisten, dem Vertreter der „Daily News“ und einem Amerikaner, den die „Chikagoer Abendpost“ entsandte, zu erkennen gegeben, wie sie deutsch denkt und fühlt. Nach Bekanntwerden der in den endgültigen Friedensbedingungen geforderten Gebietsabtretungen hat sich gerade dieser Bevölkerung eine verzweifelte und erbitterte Stimmung bemächtigt, daß man ihnen nicht einmal das Abstimmungsrecht belassen hat, das man den Oberschlesiern bewilligte.

Im Juli 1919 sind von sämtlichen Gütern und Gemeinden des Abtretungs- und Abstimmungsgebietes schriftliche Proteste bei der Regierung eingegangen, in denen teilweise mehr als 90 Prozent aller wahlberechtigten Personen durch handschriftliche Unterzeichnung ihrem festen unabänderlichen Willen zum Deutschtum Ausdruck gaben und dadurch ein beredtes Zeugnis dafür ablegten, daß die Bevölkerung der abzutretenden Kreisteile, obgleich zum Teil beide Sprachen beherrschend, unter keinen Umständen als Nationalpolen angesehen werden will. Diesen Kundgebungen gegen den Anschluß an Polen und für den Verbleib bei Deutschland, die von 4110 Wahlberechtigten bei einer Gesamtzahl von 5165 wahlberechtigten Personen unterschrieben worden sind, müssen um so höher eingeschätzt werden, als sie erfolgt sind trotz der der Bevölkerung bei einer Besitzergreifung der fraglichen Gebiete durch Polen drohenden Gefahr, wegen ihres unerschrockenen Festhaltens am Deutschtum schwere wirtschaftliche Nachteile zu erleiden, und als es auch nachweislich von polnischer Seite nicht an Versuchen gefehlt hat, die Bevölkerung einzuschüchtern und von einem offenen Bekenntnisse zum Deutschtum abzuhalten. Berücksichtigt man, daß unter diesem Drucke ein nicht geringer Prozentsatz der Bewohner dieser Kreisteile davon Abstand nahm, seine wahre deutsche Gesinnung offen zum Ausdruck zu bringen, so fällt die Bedeutung dieser Proteste noch stärker ins Gewicht und widerlegt den Wert des Materials, auf Grund dessen die Polen den Nachweis des polnischen Charakters der abzutretenden Gebietsteile des Kreises Namslau aufbauen.

In besonders einwandfreier Form erhärtet aber auch hier das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung die Richtigkeit der Auffassung, daß die Juliresolutionen ein unverfälschtes Bild der wahren Volksmeinung der von der Abtretung betroffenen Gebiete des Kreises Namslau darstellen.

Wie wir oben gesehen haben, ist auf Grund der von den Polen ausgegebenen Parole der Wahlenthaltung die Schlußfolgerung berechtigt, daß unter den zur Nationalwahl abgegebenen Stimmen sich Nationalpolen nicht befinden. In dem Abtretungsgebiete des Kreises Namslau sind aber von im ganzen 2225 Stimmberechtigten insgesamt 1827 Stimmen — das sind 82 Prozent — abgegeben worden. Rechnet man auch hier nur 10 Prozent Wahlsäumige auf Krankheit usw. ab, so könnten sich im Abtretungsgebiet nach dem kontrollierbaren einwandfreien Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung im Höchstfalle acht Prozent Nationalpolen befinden!

Auch für den Kreis Groß-Wartenberg, der jetzt die Hälfte seiner Fläche ohne Abstimmung an Polen abtreten soll, lassen sich die in dem abzutretenden Teil liegenden Dörfer zum großen Teil schon im 13. und 14. Jahrhundert als deutsche Dörfer urkundlich nachweisen, wie Baldowitz, Bralin, Groß-Cosel, Domsel, Gaffron, Kunzendorf, Mangschütz, Mechau, Münchwitz, Pawelau, Suschen, Trembatschau und andere mehr.

Rein polnische Gemeinden gibt es überhaupt nicht. Zwei Drittel des Kreises sprechen nur deutsch. Nur ein Drittel beherrscht neben der deutschen auch die polnische Sprache, ohne deshalb irgendwie sich anders als deutsch zu fühlen. Von 5421 Betriebsinhabern ländlichen Kleinbesitzes sind 37 (!) polnischer Nationalität. Niemals ist es der Bevölkerung eingefallen, hier einen polnischen Kandidaten zur Reichs- oder Landtagswahl aufzustellen, niemals sind polnische Stimmen abgegeben worden. Und bei den Wahlen zur Nationalversammlung haben in dem zur Abtretung bestimmten Gebiet von 11 784 Wahlberechtigten 10 098, d. h. fast 86 Prozent, ihre Stimme abgegeben und damit ihr Deutschtum bekannt.

Aber von stärkerer Ueberzeugungskraft als alle diese Beweise urkundlicher Art vom grauen Mittelalter bis zur Gegenwart sind die Menschen selbst, die diese drei Kreise bewohnen. Der Vertreter der „Daily News“, der Namslau und Groß-Wartenberg bereiste, bekundete in seinem Bericht, daß dieses Gebiet mit leidenschaftlicher Liebe an Deutschland hängt. Die Mittelschlesier, die nie zu Polen gehört haben, sollen wie eine Herde Vieh fremden Staaten zugeschlagen werden, ohne gehört zu werden. Gerade die Polen mit ihrer heißen Liebe zu ihrem Volkstum, sie müßten die Ungerechtigkeit, die Schwere der Vergewaltigung gerade dieser deutschen Landesteile einsehen. Mittelschlesien verlangt nicht Mitleid, es fordert nur Gerechtigkeit; es ruft allen gerecht denkenden unter den Gegnern zu: „Verweigert uns kerndeutschen Kreisen nicht die Abstimmung, die ihr Oberschlesien bewilligt habt!“

Die dementierte Militärdiktatur.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt an hervorragender Stelle eine Meldung, nach der Vorbereitungen zu einer Diktatur Noske im Gange sein sollen. Durch Mittelspersonen habe Noske bereits mit der Entente Fühlung genommen, um sie zur Anerkennung seiner militärischen Diktatur zu bewegen. Der Republikanische Führerbund sowie „eine bekannte Persönlichkeit“ der preußischen Regierung sollen im geheimen den Plan unterstützen. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, ist an dem Gerücht von einer Diktatur Noske kein wahres Wort. Weder der Republikanische Führerbund noch irgendein Mitglied der preußischen Regierung denken daran, die Geschicke der jungen Republik in die Hände eines militärischen Alleinherrschers zu legen. Die Absicht der „Täglichen Rundschau“ scheint uns vielmehr darin zu bestehen, Mißtrauen gegen die Regierung zu säen und ihre Stellung zu untergraben. Die Verwandtschaft der äußersten Rechten mit der äußersten Linken kommt hiermit erneut zum Ausdruck. Die Abneigung der „Täglichen Rundschau“ gegen eine Diktatur hat noch einen besonderen Grund: die Befürchtung, sie könne sich „auf die Linke stützen“.

*

In später Stunde verbreitet das Wolffsche Telegraphenbureau eine Nachricht, die die Grundlosigkeit der Gerüchte über eine Diktatur Noske bestätigt. Der „Täglichen Rundschau“ ist „wegen ihres gemeingefährlichen Gebarens eine ernstliche Verwarnung erteilt“ worden.

Maßregelung eines Offiziers.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Führer des in Memel liegenden Bataillons, Hauptmann Schmidt, der kürzlich in Ueberschreitung seiner Dienstbefugnisse die Redaktion des dortigen sozialdemokratischen Blattes militärisch besetzen und den Redakteur verhaften ließ, ist von seinem Posten enthoben worden. Es ist dies ein erneuter Beweis dafür, daß Uebergriffe von Offizieren von der zuständigen militärischen Stelle unnachsichtlich geahndet werden. Die militärische Besetzung ist vom Generalkommando 1 sofort rückgängig gemacht und der Redakteur freigelassen worden.

Leviné-Nissen und der Münchener Geiselmord.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der Verteidiger in den Prozessen gegen Leviné-Nissen und Axelrod, sendet uns folgende Zuschrift:

„In Ihrem Artikel „Die Sühne des Geiselmordes“ heißt es: „Ja, es gibt diese Lewien, Leviné-Nissen und Axelrod, die unschuldige Menschen mit einer Handbewegung an die Mauer stellen lassen und zur Unmenschlichkeit noch den blutigen Hohn fügen.“ Dieser Behauptung muß ich entschieden widersprechen, und ich glaube, es dem erschossenen Leviné und dem zu 15 Jahre Zuchthaus verurteilten Dr. Axelrod schuldig zu sein, vor aller Oeffentlichkeit festzustellen, daß in den gegen diese Männer geführten Prozessen nicht der geringste Zusammenhang zwischen ihnen und dem sogenannten Geiselmord festgestellt worden ist. In der Beweisaufnahme erwies sich jeder Verdacht eines solchen Zusammenhanges als hinfällig, so daß nicht einmal der Vertreter der Anklage eine Verbindung der Angeklagten mit der Ermordung im Luitpold-Gymnasium auch nur behauptete. Wenn jetzt im Prozeß gegen andere Personen, in welchem sich weder Leviné noch Axelrod verteidigen konnte, der Verdacht entstanden ist, daß sie an den Vorgängen im Luitpold-Gymnasium beteiligt gewesen seien, so ist es doch nur ein gewisser Verdacht, der gegenüber den in dem Prozeß gegen Leviné und Axelrod, auf Grund eingehendster Beweisaufnahme, getroffenen Feststellungen nicht ausreichend ist, diese Männer als überführt anzusehen, die Ermordung veranlaßt und die unglücklichen Opfer noch verhöhnt zu haben. Beide Männer erwiesen sich in der Verhandlung als reine Idealisten, die aus höheren Beweggründen ihre kommunistischen Ideen zu verwirklichen trachteten. Einer gemeinen Handlung waren sie nicht fähig.

Hochachtungsvoll

Dr. Kurt Rosenfeld, Rechtsanwalt.

Eine deutsche Note über das Memelgebiet.

Der Reichsminister des Aeußern, Müller, hat Freiherrn v. Lersner um Ueberreichung folgender Note gebeten: Vertreter des Memelgebietes, das nach Teil III Abschnitt X des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Hauptmächten überlassen werden soll, sind wiederholt bei der deutschen Regierung mit der Bitte vorstellig geworden, eine baldige Entscheidung über ihr zukünftiges staats- und völkerrechtliches Schicksal herbeizuführen. Während die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung keinerlei Aenderung des jetzigen Zustandes wünscht, auf jeden Fall aber die Entscheidung des Volkes selbst über die Staatszugehörigkeit nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes fordert, empfinden alle Bewohner des Memelgebietes den gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit als lästig und schädlich zugleich. Das wirtschaftliche Leben des auf einen regen Handel angewiesenen Gebietes leidet auf das empfindlichste; die Unternehmungslust ist gelähmt; die nationalen und sozialen Gegensätze verschärfen sich. Für die Regierung selbst ergeben sich aus dieser Lage namhafte verwaltungstechnische Schwierigkeiten. Allen diesen Nachteilen würde eine möglichst baldige Stellungnahme der alliierten und assoziierten Hauptmächte über das Memelgebiet abhelfen, die den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trüge.

Marschall Foch und die Armee Goltz.

Angeblich kein Ultimatum. — Wirtschaftliche und finanzielle Repressalien.

Versailles, 20. September. (W. T. B.) „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Marschall Foch Deutschland wegen der Armee des Generals v. d. Goltz kein Ultimatum überreichen werde, jedenfalls nicht sofort, weil einige Mitglieder des Fünferrats sich dagegen ausgesprochen hätten. Man habe erst vorgeschlagen, den Polen den Auftrag zu erteilen, die Deutschen aus Litauen zu verjagen; aber man habe schließlich beschlossen, daß es besser sei, Polen zur Demobilisation zu veranlassen, damit es sein wirtschaftliches Leben organisieren könne. Die Amerikaner hätten nämlich geglaubt, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien gegen Deutschland würden eher das Ziel erreichen, daß die Deutschen Litauen verließen.

* Wie die „Schlesische Volkszeitung“ zuverlässig erfährt, wurde der bisherige kommissarische **Regierungspräsident** in Oppeln, Geheimrat Bitta, zum Regierungspräsidenten ernannt.

* Zum **Landrat des Landkreises Insterburg** wurde Regierungsrat Schumann gewählt.

Deutsches Opernhaus.

L. S. Zum ersten Mal: „Die Liebe dreier Könige“, tragische Dichtung von Sem Benelli, Musik von J. Montemezzi. — Noch ein König, und es wäre im Kartenspiel gewesen. Aber Fiora, die vielgeliebte, begnügt sich mit Dreien. Wer sind sie? Wir erfahren es nicht; sie gewinnen so wenig feste Umrisse, wie die ewig jammernde, scheinbar aus Instinkt lasterhafte Fiora. Das obendrein poesielos übersetzte Textbuch nennt sie summarisch „Könige“, obwohl es keine sind. Vier Menschen also lieben, belauern, betrügen und morden sich „auf einer abgelegenen Burg Italiens, vierzig Jahre nach der Einwanderung eines norddeutschen Volksstammes“. Zu den Eroberern des Landes gehört offenbar Archibald, ein weiser, erblindeter Recke; sein Sohn Manfred liegt mit der heimischen Bevölkerung noch im Kampf. Während seiner Abwesenheit schleicht als dritter Avito, „Fürst von Altura“, heran, erscheint immer, wenn die Bühne gerade leer und verschwindet, wenn Gefahr im Verzuge ist. Das Ganze eine gewöhnliche Ehebruchsgeschichte, die durch die Konkurrenz des blinden Greises und seine in Eifer- und Rachsucht sich entladende Lüsternheit einen Stich ins Eklige erhält. Man muß sich wundern, wie unverhüllt und grobschlächtig die Dinge von dem in Italien doch angesehenen und erfolgreichen Dichter hingestellt sind. Archibald ist es auch, der die Katastrophe herbeiführt. Er erwürgt Fiora. Dann werden ihr die Lippen mit Gift bestrichen. Avito küßt die Leiche, verrät sich dadurch und stirbt. Manfred, der nicht zu hassen vermag, folgt seinem Beispiel und stirbt desgleichen. Archibald, der unverwüstliche, bleibt allein im Dunkel zurück.

Diesen langweiligen Kitsch hat ein italienischer Komponist, und noch dazu ein wirklich begabter, in Musik gesetzt. Montemezzi ist zwar keine eingeprägte, in der Erfindung fesselnde Persönlichkeit, aber einer, der die Mittel seiner Kunst durchaus meisterlich beherrscht. Er handhabt sein Orchester sehr gewandt, schreibt farbig und flüssig und hat die Geste theatralischer Leidenschaftlichkeit. Die Gerdu-Episode im Liebesduett des zweiten Aktes ist sogar nicht ohne Innerlichkeit. Inwieweit er auch Dramatiker sein kann, müßte er erst an einem anderen Stoff erweisen. Vorläufig bleibt von seiner Musik nichts haften; sie ist auf die Dauer zu gleichmäßig im Ausdruck und zu sehr auf den äußeren Effekt bedacht. Im Verein mit dem Textbuch stellt sie ein Beispiel von jener üblen Opernmache dar, die nun wohl doch glücklich überwunden ist und auf unserer Bühne keine Daseinsberechtigung mehr hat.

Direktor Hartmann hat für die wohl schon vor dem Kriege angenommene Novität sehr wirksame Bühnenbilder geschaffen. Waghalter die Partitur zu Klingendem (manchmal zu laut Klingendem) Leben erweckt. Den Singstimmen und der Verständlichkeit zuliebe hätte das dick instrumentierte Orchester vorsichtiger abschattiert sein können. Hofbauers Schauspielkunst gab der Gestalt des Alten Charakter und Eindringlichkeit. Hertha Stolzenburg (Fiora), Laubenthal (Avito) und Börgesen (Manfred) taten ihr Bestes, hohle Opernfiguren wenigstens musikalisch und gesanglich zur Geltung zu bringen. Der Beifall blieb verhältnismäßig bescheiden. Die Grenzen sind nun auch für die Kunst wieder geöffnet. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Nur schade, daß der erste Italiener, den wir zum Wort lassen, uns nichts Bedeutsameres zu sagen hatte!

Der neueste Sudermann. Das neue fünfaktige Drama von Hermann Sudermann „Die Raschhoffs“ wird die Uraufführung nicht in Berlin, sondern in Königsberg i. Pr. haben. Hier wird das Stück Mitte Oktober am Neuen Schauspielhaus in Szene gehen.

△ **Die nächsten Novitäten bei Reinhardt.** Das Deutsche Theater beabsichtigt in der nächsten Zeit eine Anzahl von Werken junger Dramatiker zur Darstellung zu bringen. Die Uraufführungen werden zum Teil für die Gesellschaft „Das junge Deutschland“ stattfinden. Gespielt werden u. a.: „Die Retter“ von Reinhard Goering, „Himmel und Hölle“ von Paul Kornfeld, „Antigone“ von Walter Hasenclever, „Die Sendung Semaels“ von Arnold Zweig, „Santa Susanna“, „Kräfte“, „Die Unfruchtbaren“ von August Stramm (diese drei an einem Abend), „Der Anfänger“ von Richard Gutmann, „Simson“ von Hermann Burte, „Igernes Schuld“ von Max Pulver, „Wahnschaffe“ von Rolf Lauckner, „Herr Oluf“ von Friedrich Koffka, „Herbstvögel“ von Walter Eidlitz und „Kaiser Karl V.“ von Otto Zarek.

Theaterchronik. In Hans Pfitzners musikalischer Legende „Palestrina“, deren Erstaufführung am 11. Oktober unter Spielleitung des Dichterkomponisten in der Staatsoper stattfindet, sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Palestrina: Josef Mann und Ernst Kraus, Borromeo: Karl Armster, Morone: Heinrich Schlusnus, Novagerio: Waldemar Henke, Malbruscht: Paul Knüpfer, Luna: Eduard Habich, Ighino: Birgit Engell, Silla: Elfriede Marherr.

In den Kammerspielen des Deutschen Theaters findet am nächsten Dienstag die 250. Aufführung von Frank Wedekinds „Büchse der Pandora“ statt. Ossip Dymows vieraktige Tragödie „Nju“ geht am Freitag zum erstenmal in Szene.

Im Deutschen Künstlertheater findet am nächsten Donnerstag die 50. Aufführung von Lothar Schmidts Lustspiel „Das Schloß am Wannsee“ in der Originalbesetzung mit Max Adalbert, Erwin Biswanger, Rudolf Klein-Rogge, Paul Morgan, Ernst Neßler, Erich Walter, Else Bock, Käte Haack, Annaliese Halbe und Klara Heinich statt.

Zwei Akte Hasenclever.

Eröffnung der „Tribüne“.

Ein nicht ganz aufgeklärter Abend.

Der kleine Raum ist kein Theater, sondern ein Vortragssaal. (Ganz fern erinnert er an die „Bodinière“ in Paris.) Vorn ein Podium, schwarz; mit fünf schwarzen Stufen. Alles auf lehmfarbenem Hintergrund; grünliche Vorhänge. Nur für dreihundert Hörer ist Platz. (Berlin wird bald Schauspielhäuser von jeder Größe haben. Die „Tribüne“ bewegt sich in der Richtung vom circus maximus nach der Separatvorstellung hin.)

„Bilde, Künstler . . . !“, nein, der Künstler will reden. Vom Rednerbollwerk ertönt hier der gewaltige Ruf an dreihundert Feinschmecker. Aufgewiegelt werden Personen mit fünfzig Mark Eintrittsgeld. Umsturz wird unter Jahresabonnenten verbreitet.

Im Ernst will das Unternehmen eine Versuchsbühne sein, die vor Wenigen spielt. Die sollen entscheiden. Kunst für die Wenigen ist (neben den anderen Gattungen) etwas Wünschenswertes. Fraglich bleibt, ob diese Wenigen immer die wenigen Anwesenden sind . . . In jedem Fall haben junge Versuche, noch in ihren Irrtümern, ein Recht auf Wohlwollen.

Was will dieser junge Versuch? Nach dem ersten Stück wohl ein Leitartikeltheater. Vorträge statt Vorgänge. Dies Werkchen („Der Retter“) ist ein Gespräch, etwa zwischen Hindenburg und Hasenclever; unter Zuziehung Bethmanns („Der Staatsminister“) — und eines „Königs“ von mildem Schlag, dem Exgroßherzog von Hessen verwandt. Zwischendurch erscheint in schummriger Beleuchtung der Apostel Paulus. Den Schluß bildet ein Duo Hasenclevers mit der Königin — und Hasenclevers erzwungener Opfertod.

Als die Königin kurz vor seinem Sterben erschien, brach allgemein eine aufgekratzte Stimmung durch. Zu vollem Ernst kam es erst wieder, als das hiernach folgende Komödienstück in Kraft trat — und die wenigen unter den Dreihundert, welchen der Dadaismus noch unbekannt war, ihn am eigenen Leib erfuhren. (Das Werkchen hieß „Die Entscheidung“.)

Ueber die Aussichten der neuen Schlichtheitsbühne, dann über Einzelheiten der zwei Akte (die unter Mitarbeit des Spielordners Karlheinz Martin und mancher achtungswerten Unterkraft eine, wie gesagt, unaufgeklärte, doch bisweilen fröhliche Wirkung hatten) soll noch ein Wort gesagt sein.

K. r.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Göttinger Privatdozent, Professor Dr. David Katz, hat einen Ruf als außerordentlicher Professor für Pädagogik und Philosophie an die Universität Rostock erhalten.

Die Kriegsschuld des k. u. k. Kabinetts

Aus den Geheimarchiven der österreichisch-ungarischen Regierung.

Die aktenmäßige Darstellung beginnt mit der Wiedergabe einer Denkschrift, die das Wiener Kabinett im Mai 1914 über die europäische Lage ausarbeitete. Verfasser dieses Memoires war der außerordentliche Gesandte im k. u. k. Ministerium des Aeußern Baron Flotow. Die äußere politische Lage der Donaumonarchie kranke, heißt es da, an der **Unklarheit ihres Verhältnisses zu Rumänien,** das trotz des bestehenden geheimen Bündnisses sich nach dem Frieden von Bukarest mehr und mehr russischen und französischen Einflüssen zugänglich zeige. Rußland und Frankreich strebten einen Balkanbund an, der Oesterreich-Ungarn politisch matt zu setzen drohe. Die Denkschrift verlangt daher eine Klärung des Verhältnisses zu Rumänien. Diese Klärung würde das Wiener Kabinett in einer unzweideutigen Kundgebung König Karols, d. h. in einem öffentlichen Bekenntnis der Zugehörigkeit zum Dreibunde sehen. Oesterreich sei dagegen bereit, zwei Zugeständnisse zu machen: erstens eine Erweiterung des bestehenden Bündnisvertrages nach der Richtung, daß Oesterreich-Ungarn Rumänien seine gegenwärtige Grenze Bulgarien gegenüber garantiere. Zweitens sei Oesterreich-Ungarn mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältnis Rumäniens zu Serbien damit einverstanden, daß sich König Karol oder seine Regierung für eine Annäherung Serbiens an Oesterreich-Ungarn verwende. Wien würde in diesem Falle bereit sein, **Serbien gegenüber das loyalste Entgegenkommen zu beweisen.** Sollte man in Bukarest auf diesen Vorschlag nicht eingehen, so wäre Oesterreich-Ungarn gezwungen, sogleich und ohne Verzug alle Konsequenzen zu ziehen, die sich dabei einem gegebenenfalls sogar feindlich auftretenden Nachbar gegenüber als notwendig erweisen sollten. (An dieser Stelle sollten in einem im Konzept freigelassenen Raum die militärischen Erwägungen eingefügt werden.) Gleichzeitig mit den militärischen Vorführungen müßten die diplomatischen Bemühungen der Monarchie einerseits auf das Zustandebringen einer bulgarisch-türkischen Allianz, andererseits auf eine bündnismäßige Heranziehung Bulgariens an Oesterreich-Ungarn und an den Dreibund gerichtet sein. „Es erschiene verwerflich, durch eine untätige Politik des Abwartens die Dinge heranreifen zu lassen und allen jeden freies Spiel zu gewähren, deren sich immer mehr und mehr verdichtende Arbeit auf eine Zertrümmerung der Machtstellung der Monarchie hinweise."

Oesterreich war also in jener Zeit bereit, in ein besseres Verhältnis zu Serbien zu kommen. Einige Wochen vergingen. Das k. k. Wiener Kabinett wurde sich schlüssig, der Berliner Regierung ihre Ansichten über die Lage des Balkans schriftlich darzulegen. Mit der Abfassung dieser Denkschrift, die auf dem Memoire des Barons Flotow fußte, wurde der k. u. k. Sektionsrat Baron Matschekо betraut. Das war Mitte Juni 1914. Die Denkschrift kam zu denselben Resultaten, und auch sie erklärte, die Situation sei heute soweit gediehen daß eine solche Gegenaktion (gegen die Balkanbestrebungen Rußlands und Frankreichs. D. Red.) ohne Aufschub einsetzen müsse, solle sie sich nicht von vornherein vor vollendete Tatsachen gestellt sehen. Graf Berchtold, der damalige gemeinsame Minister des Aeußern, gab dieser Denkschrift, ohne ihre Grundtendenzen zu verändern, eine zweite Fassung. Das war kaum geschehen, als in Wien die Nachricht von der **Ermordung des Thronfolgers** eintraf. Das gab dem Wiener Kabinett Veranlassung, der Denkschrift Bemerkungen anzufügen, die plötzlich auf „die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbiens hinwiesen". Weiter heißt es dann:

„Oesterreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältnis zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich gezeigt, daß diese Bemühungen ganz vergeblich waren und daß die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen."

Als Ergänzung dieser politischen Denkschrift diente nach der Absicht Graf Berchtolds ein Memoire, das gleichfalls für Kaiser Franz Joseph und für Kaiser Wilhelm bestimmt, die militärische Seite einer etwaigen Feindseligkeit Rumäniens in einem europäischen Kriege beleuchten sollte. Diese militärische Ausarbeitung sandte der k. u. k. Chef des Generalstabes, Conrad v. Hötzendorf, dem Grafen Berchtold am 2. Juli zu. Unter dem Eindrucke des Serajewoer Ereignisses gedachte Kaiser Franz Joseph mit dem deutschen Kaiser bei den Trauerfeierlichkeiten in Wien eine Rücksprache über die gesamte politische Lage zu pflegen. Da Kaiser Wilhelm aber von der Reise nach Wien Abstand nahm, so sandte Kaiser Franz Joseph die nunmehr gänzlich fertiggestellte Denkschrift in Begleitung eines **Handschreibens** an ihn. Der Inhalt dieses Handschreibens ist bekannt. Von Interesse ist eine Bemerkung, die der damalige ungarische Ministerpräsident **Graf Stephan Tisza** zu dem Texte des Handschreibens machte. Am 5. Juli vormittags (also nach bereits erfolgter Absendung) telegraphierte er an den Grafen Berchtold, die Stelle in dem kaiserlichen Handschreiben, in der davon gesprochen werde, daß Serbien als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet werden müsse, dahin umzuändern, „daß es genötigt werde, seine aggressive Tätigkeit aufzugeben". Ferner empfahl er, die Worte fortzulassen: „daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist". Das rate er, ebenso wie die Beseitigung des Wortes „unbestraft", „um Berlin nicht kopfscheu zu machen".

Graf Szögyeny bei Kaiser Wilhelm.

Der k. u. k. Legationsrat Alexander Graf Hoyos brachte dieses Handschreiben Kaiser Franz Josefs nach Berlin. In Gegenwart des k. u. k. Botschafters Grafen Szögyeny las Kaiser Wilhelm (am 5. Juli) die Denkschrift und das Handschreiben „mit größter Aufmerksamkeit" durch und erklärte, „daß er eine ernste Aktion von seiten Oesterreich-Ungarns gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, daß er infolge der Ausführungen Kaiser Franz Josefs eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse, und daß er daher vor einer Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle. Als Graf Szögyeny nach dem Dejeneur nochmals den Ernst der Situation mit größtem Nachdruck betonte, ermächtigte ihn Kaiser Wilhelm, Kaiser Franz Josef zu melden, daß man in Wien „auch in diesem Falle" auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne". Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilt haben, erklärte der Kaiser dann weiter u. a.: „Sollte es sogar zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnten wir überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde." Das Rotbuch setzt in einer Fußnote einige Zweifel in die Richtigkeit der Mitteilungen Szögyenys. Der k. u. k. Botschafter, der bereits die 70 überschritten habe, habe wiederholt, auch im weiteren Verlauf der diplomatischen Vorgänge, bewiesen, daß seine Meldungen an Zuverlässigkeit hätten zu wünschen übrig lassen. Sie seien vielfach mißverständlich, gelegentlich sogar verworren gewesen. Es folgt dann das bekannte **Antwortschreiben Kaiser Wilhelms** an den Kaiser von Oesterreich. Darin heißt es unter anderem: „Durch den bewährten und von ihm aufrichtig geschätzten Botschafter Kaiser Franz Josefs werde dem Monarchen die Versicherung Kaiser Wilhelms übermittelt worden sein, daß der Monarch auch in den Stunden des Ernstes den deutschen Kaiser und sein Reich in vollem Einklange mit ihrer altbewährten Freundschaft und Bündnispflicht treu an der Seite Kaiser Franz Josefs und der Monarchie finden werde. Ihm dies an dieser Stelle zu wiederholen, sei Kaiser Wilhelm eine freudige Pflicht."

Das nächste Ziel des Wiener Kabinetts.

Kaiser Wilhelm hatte im Einvernehmen mit der deutschen Regierung Oesterreich-Ungarn die unbedingte Gefolgschaft ausgesprochen. **Deutschland hat sich** also bereits am 5. Juli der Donau-Monarchie gegenüber **völlig die Hände gebunden.** Der deutschen Unterstützung für alle Fälle gewiß, brauchte das Wiener Kabinett bei der Verwirklichung seiner Absichten vorderhand nur die maßgebenden Faktoren der Monarchie zu überwinden, die seinen Absichten entgegenstanden. Diese beiden Faktoren waren Kaiser Franz Joseph und der ungarische Ministerpräsident Stephan Tisza. Zu allem Ueberfluß hatte der deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, nach einem Tagesbericht vom 4. Juli 1914, einem Gewährsmanne gegenüber erklärt: „Deutschland würde die Monarchie durch dick und dünn unterstützen, was immer auch dieselbe gegen Serbien beschließen sollte. Je früher Oesterreich-Ungarn losgehe, desto besser."

Die eigentliche Entscheidung, gegen Serbien militärisch vorzugehen, ist nicht in einem Kronrat zu Potsdam, der nicht stattgefunden hat, gefallen. Wohl aber hat Kaiser Wilhelm, wie aus den Mitteilungen des Grafen Szögyeny hervorgeht, dem k. u. k. Botschafter von vornherein die Unterstützung Deutschlands zugesichert. **Die eigentliche schwerwiegende Entscheidung fiel erst in dem k. u. k. Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten am 7. Juli.** An dem Ministerrat nahmen teil: Graf Berchtold als Vorsitzender, der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh, der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, der k. u. k. Finanzminister, der Pole Dr. v. Bilinski (der heute polnischer Finanzminister ist. die Red.) und die drei Militärchefs. Graf Berchthold wies auf die Erklärung Kaiser Wilhelms und Herrn v. Bethmann Hollwegs hin, daß die Monarchie für den Fall kriegerischer Komplikation mit Serbien der unbedingten Unterstützung durch Deutschland sicher sein dürfe, und führte dann, wie bereits in unserem gestrigen Abendblatt berichtet, aus, er sei sich klar darüber, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte, daß man aber den Gegnern zuvorkommen müsse. Während der Finanzminister v. Bilinski nach Berchtold den schärfsten Ton anschlug und hervorhob, daß der Serbe nur der Gewalt zugänglich sei und ein diplomatischer Erfolg in Bosnien gar keinen Eindruck machen würde, warnte Graf Tisza vor einem überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion. In diesem am 7. Juli abgehaltenen Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten wurde gegen den alleinigen Widerstand des Grafen Tisza die folgenschwere Beschlußfassung eingeleitet, die der weiteren Entwicklung des österreich-ungarisch-serbischen Konfliktes die Wege wies. Nach längerer Erörterung der Sachlage wurde konstatiert, daß von allen Anwesenden eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder im friedlichen Sinne gewünscht werde, und daß erst nach der Aufstellung von konkreten Forderungen an Serbien und nach Uebermittlung eines Ultimatums im Falle ihrer Abweisung die Mobilisierung eingeleitet werden solle. Auch in der Frage der Unzulänglichkeit eines rein diplomatischen Erfolges begegneten sich die Meinungen aller Konferenzteilnehmer mit Ausnahme jener des Grafen Tisza, dem es gelang, den Ministerrat für seinen Standpunkt der Notwendigkeit der Formulierung bestimmter Forderungen und der Stellung eines Ultimatums erst nach deren Ablehnung zu gewinnen. Ueber die Art dieser Forderungen sprach sich das Protokoll — insbesondere in der Fassung seines Konzeptes — eindeutig genug aus. Bloß Graf Tisza verharrte (wenigstens teilweise) in der Opposition; auch seine Vorschläge wurden indessen von dem Vorsitzenden dahin charakterisiert, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach zu der vom Grafen Berchtold und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen würden."

Das Berliner Kabinett ohne Kenntnis des Wortlautes der Note.

Nach einem weiteren k. u. k. Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 19. Juli wurde die verhängnisvolle Note an Serbien aufgesetzt, deren Inhalt noch in Erinnerung ist. Am 21. Juli hatte Graf Berchtold eine Audienz beim Kaiser Franz Josef, der damals in Ischl zur Kur weilte. An den k. u. k. Gesandten in Belgrad, Freiherrn v Giesl, wurden spezielle Weisungen für den Fall der Ueberreichung gegeben. Die Ueberreichung fand am 28. Juli, 6 Uhr nachmittags, statt. **Die Berliner Regierung wurde vorher von dem Wortlaut der Note nicht in Kenntnis gesetzt.** „Bei der Abfassung der an die Signatarmächte zu richtenden Note war am Ballhausplatz der Grundsatz maßgebend, die Zirkularnote habe den Mächten eine bereits vollzogenen Tatsache einfach zur Kenntnis zu bringen und es keineswegs einzuräumen, die Begehrnote an Serbien selbst zum Gegenstande von Erörterungen zu machen." Die Zirkularnote wurde den k. u. k. Botschaftern bei den Signatarmächten am 20. Juli mittels Kuriers zugestellt. Sie trug die Vordatierung auf den 24. Juli, dem Tag, an dem ihre Wiedergabe stattzufinden hatte. (Die Datierung der Zirkularnote an die Signatarmächte ist im alten österreichisch-ungarischen Rotbuch Nr. 8 wie die Datierung der Begehrnote vorsätzlich auf den 22. Juli verlegt. Die Red.) Die Instruktion, die den k. u. k. Botschaftern für die Ueberreichung der Zirkularnote an die Signatarmächte übermittelt wurde, wies eine für die einzelnen Kabinette verschieden gehaltene Formulierung auf. Für Berlin besagte der einbegleitende Text: „Wenn der k. u. k. Botschafter den offiziellen Erlaß der deutschen Regierung am Freitag, den 24. Juli, vormittags, persönlich zur Kenntnis bringen werde, **wolle er nur bemerken, daß das bereits erzielte vollständige politische Einvernehmen mit dem deutschen Kabinett ihn der Mühe einer weiteren vertraulichen und mündlichen Begründung des Schrittes des Wiener Kabinetts in Belgrad enthebe.** Die Gründe, derentwegen das Wiener Kabinett die Demarche in Belgrad erst gestern unternehmen konnte, seien Herrn v. Tschirschky bereits seinerzeit mündlich dargelegt worden und inzwischen auch durch Graf Szögyeny selbst zur Kenntnis der kaiserlichen Regierung gebracht worden."

Dagegen hatte Graf Szögyeny noch am 21. Juli an den Grafen Berchtold in einem Privatbriefe geschrieben: „Er glaube noch hervorheben zu sollen, der (deutsche) Staatssekretär habe ihm klar zu verstehen gegeben, „daß Deutschland selbstredend unbedingt und mit aller Kraft hinter der Monarchie stehen werde, daß es aber für die deutsche Regierung gerade aus diesem Grunde von vitalem Interesse sei, beizeiten darüber informiert zu werden, wohin unsere Wege führen."

Die englischen Vermittlungsvorschläge.

„In einer Unterredung mit Fürst Lichnowsky hatte Sir Edward Grey am 24. Juli die Anregung einer **Vermittlung zu viert** (England, Frankreich, Italien und Deutschland) gegeben und sich bemüht, die Zusicherung der Unterstützung seitens Deutschlands zu erlangen. Ueberdies hatte Sir Edward Grey am 25. Juli an Fürst Lichnowsky in einem Privatschreiben das Ersuchen gestellt, das Berliner Kabinett wolle sich in Wien für eine wohlwollende Berücksichtigung der serbischen Antwortnote einsetzen. Dies Anliegen Sir Edward Greys war seitens der Berliner Regierung an das Wiener Kabinett weitergeleitet worden. Von Sir Edward Grey war sodann am 26. Juli nach Paris, Berlin und Rom dem Anliegen Ausdruck gegeben worden, durch die Abhaltung einer **Botschafterkonferenz** (England, Deutschland, Frankreich und Italien) den nötigen Zeitvorsprung zu gewinnen, um die zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien obschwebende Angelegenheit **bei Enthaltung jeglicher militärischer Operationen seitens Serbiens, Oesterreich-Ungarns und Rußlands** zur Regelung zu bringen.

Dieser Vorschlag Sir Edward Greys war seitens der deutschen Regierung mit der Begründung abgelehnt worden, es erscheine Deutschland nicht angängig, den Bundesgenossen wegen seiner Auseinandersetzungen mit Serbien gleichsam vor einen europäischen Schiedsgerichtshof zu ziehen. Die deutsche Vermittlungstätigkeit habe zuvörderst die Behebung der Gefahr eines österreichisch-russischen Konflikts zum Ziele.

An dieser Stelle wird eine vom k. u. k. Botschafter in Berlin am 27. Juli um 9 Uhr 15 Minuten p. m. nach Wien übermittelte Depesche eingehend zu berücksichtigen sein, deren Inhalt — ohne kritische Ueberprüfung seiner Angaben — danach angetan erscheint, **ein verzeichnetes Bild der Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber den englischen Vermittlungsvorschlägen** zu geben.

Das Dokument lautet in wörtlicher Wiedergabe:

„Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht würden. Die deutsche Regierung versichere auf das Bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe. Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Momente nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir Edward Grey glatt erklären, daß es seine Wünsche an Oesterreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten. Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen Verlangen Englands in Wien demselben auf das Ausdrücklichste erklären, daß sie in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Oesterreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur um Wunsch Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe. So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, herangetreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unserseitiger Milderung der Note an Serbien zu unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle wohl Sir Edward Greys Wunsch erfüllen, Englands Begehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, **an der auch Deutschland partizipiere.**

Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir Edward Greys an Herrn v. Tschirschky weitergegeben, ohne ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weitergegeben habe. Zum Schlusse wiederholte mir Staatssekretär seine Stellungnahme und bat mich, um jedwedem Mißverständnis vorzubeugen, Euer Exzellenz zu versichern, daß er auch in diesem eben angeführten Fall, dadurch, daß er als Vermittler aufgetreten sei, absolut nicht für eine Berücksichtigung des englischen Wunsches sei."

Zunächst erscheint — fährt das Rotbuch fort — die Feststellung notwendig, daß der eigentliche Gegenstand, das ist **der materielle Inhalt des englischen Vorschlages vom 26. Juli, in unverständlicher Weise wiedergegeben ist.** Das Telegramm Graf Szögyenys formuliert nämlich den Vorschlag Sir Edward Greys dahin, daß Deutschland den Wunsch Englands hinsichtlich einer von Oesterreich-Ungarn vorzunehmenden Milderung der Note an Serbien unterstützen möge. Was wollte dieser am 27. Juli aufgesetzte Satz besagen, da doch die Note bereits am 23. Juli, 6 Uhr abends, in Belgrad überreicht und am 25. der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vollzogen worden war? Entgegen den Ausführungen des k. u. k. Botschafters müssen wir konstatieren, daß es sich an dieser Stelle finngemäß nur um den Konferenzvorschlag Sir Edward Greys (vom 26. Juli) handeln kann, der von Deutschland mit der obenerwähnten Begründung allerdings Sir Edward Grey gegenüber direkt abgelehnt worden war. Eine weitere unrichtige Angabe sachlichen Belanges in der vorliegenden Berichterstattung Graf Szögyenys wird durch das Zeugnis der Tatsachen selbst widerlegt und aufgeklärt. Nach den Ausführungen des Telegramms habe Herr v. Jagow dem Grafen Szögyeny erklärt, es würden in der nächsten Zeit eventuell Vermittelungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis des Grafen Berchtold gebracht werden. „Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben auf das Ausdrücklichste erklären, daß sie in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Oesterreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um dem Wunsche Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe."

„Welches Maß von Zuverlässigkeit", fragt das Rotbuch, „kommt diesem Teil der Meldung Graf Szögyenys angesichts der Tatsache zu, daß die deutsche Regierung einen weiteren Vorschlag Sir Edwards, und zwar hinsichtlich der Annahme der serbischen Antwortnote oder ihrer Geltendlassung als Grundlage für Besprechungen, in Wien am 28. Juli tatsächlich zur Erwägung vorlegen ließ und gleichzeitig erklärte, die Rolle des Vermittlers nicht abweisen zu können?"

Die wichtigste Phase der Weltkrise.

Der Krieg an Serbien war von Oesterreich erklärt worden. Die Verhältnisse spitzten sich katastrophal zu. Im Auftrage des Reichskanzlers machte der deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, am 30. Juli dem Grafen Berchtold Mitteilung von einer neuerlichen Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Fürst Lichnowsky.

Diese Besprechung hatte nach dem Wortlaute der im k. u. k. Ministerium des Aeußern aufgesetzten Aufzeichnung — Tagesbericht vom 30. Juli; Weisung an die k. u. k. Botschafter in London, Berlin und Petersburg vom 31. Juli — folgenden Inhalt:

„Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, daß er nach der Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Oesterreich-Ungarn direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraussetzung betrachte die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Zu dieser russischen Eröffnung bemerkte Sir Edward Grey zu Fürst Lichnowsky, England denke an eine Vermittlung à puatre und halte dieselbe für dringend geboten, wenn nicht ein Weltkrieg entstehen solle.

In privater Weise hat Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter zu verstehen gegeben, daß England zwar, wenn es sich nur um ein Eingreifen Rußlands handeln würde, neutral bleiben könnte, daß es aber, wenn auch Deutschland und Frankreich in die Aktion trete, nicht untätig bleiben, sondern zu sofortigen Entschlüssen und Handlungen gezwungen wäre. Das englische Kabinett müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen, die wegen der österreichischerseits bewiesenen Hartnäckigkeit umzuschlagen beginne.

Dem italienischen Botschafter, den Sir Edward Grey kurz nach dem Fürsten Lichnowsky empfing, sagte der englische Staatssekretär, er glaube, Oesterreich-Ungarn jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können. Ein

demütiges Zurückweichen Oesterreich-Ungarns käme nicht in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und mit Zustimmung Rußlands genötigt würden, sich den österreichisch-ungarischen Wünschen unterzuordnen. Oesterreich-Ungarn könne also, auch ohne einen Weltkrieg zu entfesseln, Bürgschaften für die Zukunft erlangen."

Herr v. Tschirschky war beauftragt an die im Vorstehenden wiedergegebenen Aeußerungen Sir Edward Greys die nachstehende Erklärung

des deutschen Reichskanzlers

zu knüpfen:

„Wenn Oesterreich-Ungarn jede Vermittlung ablehne, würden Oesterreich-Ungarn und Deutschland einer Koalition von ganz Europa gegenüberstehen, da auch Italien und Rumänien nicht mit ihnen gingen. Oesterreich-Ungarns politischem Prestige, der Waffenehre seiner Armee und seinen berechtigten Ansprüchen Serbien gegenüber könnte durch die Besetzung Belgrads und anderer Punkte Genüge getan werden. Auch seine Stellung am Balkan — Rußland gegenüber — würde Oesterreich-Ungarn durch die erfolgte Demütigung Serbiens zu einer starken machen. Unter diesen Umständen müsse es das deutsche Kabinett dringendst und nachdrücklichst der Erwägung der k. u. k. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wäre für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen."

Dieser durch Herrn v. Tschirschky dem Wiener Kabinett „dringendst und nachdrücklichst" übermittelte Vorschlag Sir E. Greys, im Anschlusse an die Eröffnungen Herrn Sasanows einer Vermittlung à quatre zuzustimmen, erfuhr durch Graf Berchtold die folgende, mit Rücksicht auf ihre Folgenschwere eine ausführlichere Darlegung erheischende Erledigung.

Mittels der vorerwähnten, am 31. Juli aufgesetzten und **erst am 1. August** um 8 Uhr 45 Minuten vormittags expedierten telegraphischen Weisung wurde den k. u. k. Botschaftern in London, Berlin und Petersburg von der Demarche Herrn v. Tschirschkys in Angelegenheit des englischen Vermittlungsvorschlages und von den diesbezüglichen Erwägungen der deutschen Regierung zur persönlichen Information Mitteilung gemacht. Der k. u. k. Botschafter in Berlin, **Graf Szögyeny,** erhielt hierbei den Auftrag:

„Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn v. Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Aenderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, **zwischen uns und Serbien** zu vermitteln, näherzutreten.

„Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen das Königreich einstweilen ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung vermöge, die gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständlich auch die uns durch die russische Mobilisierung aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort rückgängig machen würden."

Graf Berchtold erklärte also „in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens", das Wiener Kabinett sei gerne bereit, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen der Monarchie und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Worauf gründete er diese — mindestens unpräzise — Formulierung des englischen Vermittlungsvorschlages? In den Ausführungen Herrn v. Tschirschkys war unmißverständlich von der Absicht Englands die Rede, eine Vermittlung à quatre herbeizuführen. Den Schlüssel zu der überraschenden Konzeption des Grafen Berchtold bietet

der Chiffre-Irrtum des Grafen Szögyeny.

Graf Szögyeny hatte nämlich — ebenfalls in Angelegenheit des Greyschen Vorschlages — am 30. Juli, 5 Uhr 15 Minuten nachmittags, depeschiert:

„Nr. 327.
Chiffre.
Geheim.
Staatssekretär hat, wie er mir sagt, Herrn v. Tschirschky beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß laut eines Telegramms Fürsten Lichnowskys Sir E. Grey das Ersuchen an die deutsche Regierung gestellt habe, Euer Exzellenz nahezulegen, nach eventueller Besetzung Belgrads und auch anderer strategischer Punkte Halt zu machen und in Verhandlungen mit Serbien einzutreten.

Herr v. Jagow sieht es vollkommen ein, daß nach unserer erfolgten Kriegserklärung und Mobilisierung unserer Armee wir eine militärische Genugtuung haben müssen, was durch die Besetzung in Serbien dann erlangt sei, so daß wir darauf nach seiner Ansicht in die Pourparlers eintreten könnten."

Dieses Telegramm traf in Wien am 30. Juli, 8 Uhr nachmittags, ein. Der unterlaufene Chiffrefehler war von Graf Szögyény bemerkt und noch am selben Tage in einem um 7 Uhr 15 Minuten nachmittags nach Wien abgeschickten Telegramm richtiggestellt worden, das folgendermaßen lautet:

Nr. 330.
Chriffre.
„Zu meinem Telegramm 327 von heute. Nach erstem Absatz soll es nicht heißen „in Verhandlungen mit Serbien einzutreten", sondern „mit den Mächten einzutreten"."

In dem ersten Telegramm des Grafen Szögyény (vom 30. Juli, 5 Uhr 15 Minuten nachmittags) hat Graf Berchtold das Wort „Serbien" eigenhändig durchstrichen und darüber mit Bleistift das Wort „Mächten" gesetzt. Es ist also ausgeschlossen, daß Graf Berchtold, der die sinngemäße Korrektur des Textes selbst besorgte, sich von dem Irrtum in der chiffrierten (ersten) Depesche des Grafen Szögyény nicht überzeugt hätte. Da das korrigierende (zweite) Telegramm Graf Szögyénys bereits am 30. Juli, 10 Uhr abends, in Wien eingelangt war, hätte dieses als Basis der am 31. Juli aufgesetzten und gar erst am 1. August frühmorgens expedierten Weisung nach Berlin dienen müssen.

„Als nun — fährt das Rotbuch fort — **die deutsche Regierung im Laufe des 30. und 31. Juli von Seite des englischen Botschafters wiederholte Male um Antwort befragt wurde, vermochte sie, da sie physisch noch nicht im Besitze der von Wien erst am Morgen des 1. August expedierten Erledigung ihrer Befürwortung des englischen Vorschlages sein konnte, bloß zu konstatieren, daß ihr trotz wiederholter dringlicher Anfragen eine gegenständliche Antwort aus Wien nicht zugekommen sei. In unmittelbarer Folge aber mußte in London während dieser entscheidenden Stunden die unerschütterliche Ueberzeugung von der mala fides der deutschen Regierung erstehen."**

Wie wehrlos die deutsche Regierung dem Verdachte der ihrerseits beabsichtigten und durchgeführten Vereitlung dieses Vermittlungsvorschlags Sir Edward Greys auch in der Folgezeit gegenüberstand, erweist sich aus den weiteren Konsequenzen der vom Wiener Kabinett in der geschilderten Weise durchgeführten Erledigung der englischen Vermittlungsanregung.

Am 4. November 1916 teilte der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg — laut Tagesbericht — dem k. u. k. Ministerium des Aeußern auftraggemäß mit, der Reichskanzler habe die Absicht, in seiner nächsten Rede auf die letzten Aeußerungen Lord Greys zurückzukommen und im Gegensatz zu den Anschuldigungen des englischen Ministers, daß Deutschland durch seine Weigerung, an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten, den Ausbruch des Weltkrieges veranlaßt habe, den Beweis zu erbringen, daß die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick ihre Bemühungen zwecks Erhaltung des Friedens fortgesetzt habe, daß dieselben aber durch die russische Mobilisierung gescheitert seien. Herr von Bethmann wolle hierbei auch seine unterm 30. Juli an Herrn von Tschirschky erlassene Instruktion (vide h. a. Telegramm nach London, Berlin, Petersburg d. d. 31. Juli 1914) verwerten und speziell den nachstehenden Passus aus derselben wörtlich verlesen:

„Wir stehen somit, falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Oesterreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen. Das politische Prestige Oesterreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angegebenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere."

Zu diesem von ihm beabsichtigten Vorgange erbitte er sich die Zustimmung des Herrn Ministers. An vorstehende Ausführungen knüpfte Prinz Stolberg **die Bemerkung, daß es aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgehe, daß das Wiener Kabinett den auf Grund der obenerwähnten Instruktion unternommenen Schritt Herrn v. Tschierschkys unbeantwortet gelassen hätte.**

Die nächsten Aufgaben des Reichsverkehrsministeriums.

Eine Unterredung mit Reichsminister Bell.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell hatte die Freundlichkeit, unser E. D.-Redaktionsmitglied zu einer Unterredung zu empfangen, in der er sich über die nächsten Aufgaben des Reichsverkehrsministeriums verbreitete. Die Zusammenfassung des gesamten Verkehrs (mit Ausnahme der Postverwaltung) in einem Reichsverkehrsministerium stellt dieses neugebildete Ministerium vor eine Riesenaufgabe. Sie wird sich auf die Eisenbahnen, die Wasserstraßen, das Luft- und Kraftfahrwesen erstrecken.

„Wir sind zunächst", führte Dr. Bell aus, „keine Betriebsverwaltung, da die Verreichlichung der **Eisenbahnen** und Wasserstraßen erst zum 1. April 1921 in Aussicht genommen ist, und bis dahin die Länder selbständig ihren Betrieb weiterführen. Die hin und wieder laut werdende Befürchtung, daß sich die Eisenbahnverwaltungen der einzelnen Länder, da ihnen die Verreichlichung bevorstehe, nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck der Bekämpfung der Verkehrsnot widmen, ist haltlos. Insbesondere läßt die preußische Staatseisenbahnverwaltung, die als größtes Eisenbahnunternehmen in erster Linie in Betracht kommt, kein Mittel unversucht, um die Leistungsfähigkeit ihres Fuhrparks, auf die es im Augenblick an erster Stelle ankommt, zu erhöhen. Ferner besteht die Befürchtung, daß es an einer zusammenhängenden Stelle fehle, die die gesamte Betriebs- und Verkehrsfrage zu regeln hat. Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum, denn die Zusammenfassung des Bahnbetriebes innerhalb aller deutschen Linien ist zur Zeit durch die beim preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten eingerichtete oberste Betriebsleitung sichergestellt. Endlich glaubt man, daß die augenblickliche Transportkalamität durch einen sofortigen Eingriff des Reichsverkehrsministers beseitigt werden könne. Auch das ist irrig und beruht auf der im Kriege häufig vertretenen Anschauung, daß man durch Ueberorganisation vermeintliche Fehler einer bestehenden Organisation heilen könne. **Das Verkehrswesen ist krank,** weil uns die kräftigsten Fahrzeuge von der Entente weggenommen sind, und weil es noch nicht gelungen ist, die Arbeitsleistungen der Reparaturwerkstätten und Fabriken genügend zu steigern. Hiervon aber ist allein die Rettung zu erwarten, und die kann uns eine sofortige Verreichlichung oder ein von Reichs wegen erfolgender Eingriff in die Einzelverwaltungen nicht bringen. Er wäre im gegenwärtigen Augenblick geradezu verhängnisvoll. Wir müssen statt dessen versuchen, in Ruhe und in Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern der Technik und Wirtschaft und zusammen mit dem Personal der Verkehrsanstalten

die große Frage der Neuorganisation

so zu lösen, daß sie allen Anforderungen entspricht und Mängel, die vorhanden sind, beseitigt. Wir wollen dabei alle Meinungen zu ihrem Recht kommen lassen, alles soll genau untersucht werden, was für Beibehaltung des jetzigen Zustandes oder für Aenderungen spricht. Wir dürfen aber die Neuerungen nicht überstürzen und müssen, solange es geht, auf Bestehendem aufbauen, denn Experimente hält das Wirtschaftsleben heute nicht aus.

Den **Beamtenfragen** werde ich mich auch mit besonderem Eifer widmen. Wir müssen da gründlich umlernen, wenn wir zu einem ruhigen und alle befriedigenden Zustande kommen wollen. Die verschiedensten großen Probleme (man denke nur an die unbedingt erforderliche Demokratisierung) harren der Lösung. Das Reich ist der Auffassung, daß, wenn eine Lösung dieser schwierigen Fragen gefunden werden soll, sie nur mit den Organisationen zu finden ist. Ich glaube aber andererseits, daß wir, wenn die Beunruhigung des Personals in politischer Hinsicht erst einmal abgenommen hat, zu einer guten Zusammenarbeit kommen werden. Meine Verwaltung wird jedenfalls auf diesem Gebiet von wirklichem neuen Geiste durchdrungen sein.

Wir werden in ständigem Einvernehmen mit den landesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen arbeiten. Hier sind einmal die Uebernahmebedingungen festzulegen, wobei man bedenken muß, daß es sich um ein

Anlagekapital von insgesamt rund 20 Milliarden

und um ein Personal von rund einer Million Menschen handelt. Die Aufgabe wird in Ausschüssen gelöst, in denen alle Länder mit Eisenbahnbesitz und das Reich beteiligt sind. Die **Eisenbahnaufsicht,** mit der das bisherige Reichseisenbahnamt betraut war, das in meinem Ministerium aufgeht, wird am 1. April 1921 erheblich geringer werden, da es dann nur noch einige 5000 Kilometer Privatbahnen zu beaufsichtigen gibt. Ich habe auch noch eine weniger erfreuliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, nämlich die einzige bisherige Reichseisenbahn, die Bahnen in Elsaß-Lothringen, die wir an Frankreich abtreten mußten, zu liquidieren. Meine Hauptsorge ist hier, die Reichseisenbahnbeamten, die nach dem Waffenstillstandsabkommen zu weiterer Dienstleistung im abgetretenen Gebiet verpflichtet waren und nun allmählich in die Heimat zurückkommen, bei den anderen Staatsbahnverwaltungen in einer ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechenden Weise unterzubringen.

Die **Wasserstraßen** gehen auch am 1. April 1921 auf das Reich über, soweit sie dem allgemeinen Verkehr dienen. Hier wird es schwer sein, die Grenzen zu ziehen. Das Wasserwesen ist überhaupt sehr zersplittert, einheitliche Grundsätze für den Bau, für die Größenbemessung der Fahrzeuge usw gibt es hier nicht. Eine Konkurrenz der Wasserstraßen mit den Eisenbahnen, die vor dem Kriege eine so große Rolle in der öffentlichen Meinung spielte, darf es in Zukunft natürlich nicht mehr geben. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir ein geschlagenes Volk sind, und daß wir durch den Friedensvertrag die alleinige Verfügungsgewalt über unsere großen Ströme verloren haben. Wie das auf unsere Wasserstraßenpolitik zurückwirken muß, können wir erst nach geraumer Zeit übersehen.

Auf dem Gebiete des **Luft- und Kraftfahrwesens** gilt es eine große Anzahl von Aufgaben zu lösen. Das Luftwesen wird seit dem 4. Dezember 1918 durch ein besonderes Reichsluftamt behandelt, das jetzt unter Erweiterung zu einem Reichsamt für das Luft- und Kraftfahrwesen dem Reichsverkehrsministerium angegliedert werden soll. Es ist beabsichtigt, demnächst mit einem

Reichsgesetz über den Luftverkehr

hervorzutreten. Im übrigen soll auf dem Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens nicht etwa ein staatlicher Betrieb einsetzen. Verschiedene Staatsbahnen bzw. Postverwaltungen haben einen staatlichen Automobilverkehr eingerichtet und man wird ihn noch ausbilden können, namentlich wenn die Sparsamkeit zu einer großen Zurückhaltung auf dem Gebiete des Baues neuer Bahnen zwingt. Vielleicht kann man da manchmal durch eine Autolinie helfen. Im übrigen wird meine Tätigkeit besonders darin bestehen, auf dem Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens größere **Einheitlichkeit** anzustreben, sowohl auf verkehrswirtschaftlichem als besonders auf technischem Gebiet. Die Typisierung und Normalisierung werden hier wichtige Dienste leisten. Es ist eine große und schwierige Aufgabe, die aber schon aus Ersparnisgründen gelöst weredn muß

Letzte Nachrichten

Mainz, 20. September. (W. T. B.) Auf Bahnhof Osthofen stießen heute früh vier Wagen, die sich **von einem Güterzug losgerissen** hatten, auf abfallender Strecke mit rasender Schnelligkeit auf einen nach Worms fahrenden Personenzug auf. Der letzte Wagen des Personenzuges wurde zertrümmert und geriet in Brand. Zwei Reisende wurden getötet, eine größere Anzahl anderer kam mit Verletzungen davon. Der Sachschaden ist erheblich.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages mit Bulgarien.

(Telegramm)

Paris, 20. September. (Havas.)

Der Friede mit Bulgarien ist nach demselben Plane entworfen, wie der mit Oesterreich. Die Bestimmungen über Völkerbund, Sanktionen, die Luftschiffahrt und die Arbeit sind die nämlichen. Die Nordgrenze Bulgariens gegen Rumänien wird nicht geändert, im Westen bleibt sie gegen Serbien hin im allgemeinen die alte, die Strumitza mit den angrenzenden Bezirken und einige andere kleine Landstriche werden dem serbisch-kroatischen Staate einverleibt. Die Abänderung im Süden wegen der Gebiete, über deren Zuteilung später entschieden wird, läßt die neue Grenze von einer Linie ausgehen, deren Ausgangspunkt acht Meilen südwestlich von Kaslik liegt und die in Kiltik endigt. Arbassoni und Daridere bleiben bulgarisch. Die Linie durchschneidet die Berge Kartaldagh und Tokatdschidagh. Im Süden und Osten werden unbedeutende Veränderungen vorgenommen. Die politischen Bestimmungen verlangen, daß Bulgarien den serbisch-kroatisch-slowenischen Staat anerkennt. Ein Ausschuß aus fünf Alliierten und je einem Serben und Bulgaren wird die Grenzlinie im Gelände festlegen. Die bulgarischen Staatsangehörigen, die nach dem 1. Januar 1910 sich in einem an den serbischen Staat abzutretenden Gebiet niedergelassen haben, erhalten die serbische Staatsangehörigkeit nur auf Ermächtigung dieses Staates hin.

Das Schicksal Fiumes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 20. September.

Die Blätter befassen sich ziemlich allgemein mit Krisengerüchten. Trotz eines Dementis Nittis gibt die seltsame Haltung Tittonis neuen Stoff zu politischen Erörterungen. Die „Epoca" schreibt, nur einem neuen Kabinett werde es gelingen, eine Versöhnung mit d'Annunzio herbeizuführen. Andere Blätter vermuten Differenzen zwischen Nitti und Tittoni wegen Nittis heftiger Ablehnung des Handstreichs in der Kammer. Wie sich die unsichere Lage gestalten wird, ist erst in den nächsten Tagen abzusehen. Die Entscheidung wird auch von der Antwort Wilsons über das neue Adria-Kompromiß abhängen. Nach der „Tribuna" wurde d'Annunzio ein neues Ultimatum übermittelt, dessen Frist heute abläuft. Die Regierung dementiert die Absicht, Fiume auszuhungern. Sie werde vielmehr durch das Rote Kreuz für eine Verproviantierung der Zivilbevölkerung sorgen. Einige Blätter vermuten, daß d'Annunzio bereit sei, auf Grund des neuen Adria-Kompromisses Fiume zu räumen. Ferner verlautet von der bevorstehenden Abfahrt der alliierten Kriegsschiffe aus der Adria.

Amsterdam, 20. September. (W. T. B.)

Laut „Algemeen Handelsblad" meldet „Daily Mail", daß Lloyd George, Tittoni und Clemenceau beschlossen haben, sofern Wilson zustimmen sollte, Fiume an Italien zu geben. Der Hafen von Fiume solle jedoch dem Völkerbund unterstellt werden.

Der Kaiserprozeß.

Amsterdam, 20. September. (W. T. B.)

Den englischen Blättern vom 20. zufolge melden „Central News", in gut unterrichteten Kreisen werde die lange Verzögerung in der Einleitung eines Verfahrens gegen den vormaligen deutschen Kaiser dahin ausgelegt, daß trotz des allgemein bekannten Wunsches Lloyd Georges, den Kaiser vor Gericht zu stellen, das Gerichtsverfahren überhaupt nicht stattfinden wird.

Hierzu die Illustrierte Halbwochenschrift „Der Weltspiegel" Nr. 38.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Jolles-Berlin, für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 5 Beiblätter.

Berlin ohne Kohlen.

Verhandlungen zwischen Kohlenkommissar und Kohlenstelle.

Wie wir im gestrigen Abendblatt berichteten, reichen die Vorräte an Steinkohle in den Berliner städtischen Gaswerken und in der deutschen Gasgesellschaft nur noch für drei Tage. Im Laufe des gestrigen Tages fanden Verhandlungen zwischen dem Kohlenkommissar und der Kohlenstelle Groß-Berlin statt. Der Kohlenkommissar wird versuchen, eine bessere Kohlenversorgung für Groß-Berlin herbeizuführen, doch fragt es sich im Augenblick, ob es möglich sein wird, rechtzeitig so viel Reserven heranzuschaffen, daß der Betrieb in den Gaswerken gesichert erscheint. Die Hoffnung, daß wir mit reichlicheren Zufuhren innerhalb der nächsten Tage rechnen können, ist nicht allzu groß. Bekanntlich ist ein Teil der rheinischen und westfälischen Gruben für die Belieferung der Entente reserviert und ein neuer Kohlenverteilungsplan aufgestellt worden, der die Kohlenzufuhren für Berlin, die bis vor kurzem erheblich günstiger waren, als für jede andere Großstadt in Deutschland, verkürzte. Alle bisherigen Beschränkungen, weder die Verkürzung der Steinkohlenlieferung für die Industrie, noch die erhofften Ersparnisse durch Einschränkung der Gaslieferung für die Privathaushaltungen, haben die Gefahr, die jetzt droht, verhindern können. In verhältnismäßig kurzer Zeit haben die Gaswerke ihre eisernen Bestände aufgebraucht. Die vom Reichskohlenkommissar ermöglichten Zufuhren reichten schon seit geraumer Zeit nicht mehr aus, um die Koksöfen der Gasanstalten ausreichend zu beliefern. Wahrscheinlich wird es im Augenblick gelingen, der drohenden Gefahr einer Stillegung der Gaswerke dadurch Herr zu werden, daß man aus Schlesien überplanmäßige Transporte nach Berlin leitet und so den Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft auf kurze Zeit verzögert. Die amtlichen Stellen verhehlen sich jedoch durchaus nicht, daß man für die Versorgung Berlins in den Wintermonaten

die schwersten Bedenken

haben muß.

Einem unserer Mitarbeiter werden über die bevorstehende Gaskatastrophe an zuständiger städtischer Stelle noch folgende Angaben gemacht: Gegenwärtig brauchen die städtischen Gaswerke trotz der vielen Einschränkungen und Sperrstunden im Gasverbrauch täglich über 40 000 Zentner Steinkohle. Die Zufuhr ist in den letzten Tagen dermaßen zurückgegangen, daß in den einzelnen Werken die Vorräte höchstens noch auf drei Tage reichen. Durch die frühzeitig einsetzende Dunkelheit steigt der Bedarf an Leuchtgas, zumal eine weitere Einschränkung in der Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze nicht mehr möglich ist. Während bisher in den städtischen Gaswerken noch vor etwa vierzehn Tagen ein eiserner Bestand an Kohle für etwa sieben Tage vorhanden war, ist dieser durch die mangelhafte Zufuhr und den Mehrverbrauch durch die öffentliche Beleuchtung bis über die Hälfte zusammengeschmolzen. Es besteht daher nach wie vor die dringende Gefahr, daß, wenn nicht in den allernächsten Tagen eine umfangreiche Zufuhr an Kohle für die Gaswerke erfolgt, diese ihren Betrieb vorübergehend unterbrechen müssen.

Die Berliner Zwangseinquartierung.

Wie uns der Berliner Magistrat mitteilt, besteht die Hoffnung, dem fühlbaren Wohnungsbedürfnis gerecht werden zu können, wenn es nicht in den letzten Tagen durch Zuzug von außen irgendwie verstärkt wird. Der Magistrat hat die Benutzung des äußersten Mittels, der Zwangseinquartierung, solange es irgend anging, hinausgeschoben und mit der ausgiebigen Handhabung der sonstigen Befugnisse auszukommen versucht, beispielsweise dadurch, daß er etwa 5000 leerstehende Wohnungen usw. gegen Zuschuß hat herstellen lassen. Bevor er jetzt zu dem letzten Mittel geschritten ist, hat er die bisher erteilte unzureichende staatliche Ermächtigung erst wirksam zu machen versucht, indem er eine ergänzende Ermächtigung für sich beantragt hat, kraft deren er eine vorläufige Einweisung vornehmen kann, ohne auf eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Parteien oder auf einen Spruch des Mieteinigungsamtes warten zu müssen. Diese Ermächtigung ist erteilt worden.

*

Die Panbower Gemeindevertretung hat beschlossen, vom Wohnungsverband Groß-Berlin 50 Holzhäuser zu ermäßigtem Preise anzukaufen und sie auf dem der Gemeinde gehörigen Gelände in der Galanusstraße neben dem Gemeindekrankenhaus zu errichten, wo noch einem früheren Beschluß der Gemeindevertretung auch 60 massive Häuser für Wohnungen errichtet werden.

Das neue Reichswehrministerium tritt, wie gemeldet, neu gebildet mit dem 1. Oktober in Wirksamkeit. Die neuen Reichswehrbefehlsstellen werden mit dem 30. September aufgelöst und aus ihnen Abwickelungsämter der früheren Kriegsministerien gebildet. Auch die noch bestehenden Generalkommandos usw. oder deren Auflösungsstäbe gehen mit dem 30. September ein. Sie werden Abwickelungsämter. An ihre Spitze tritt ein Vorstand mit den Gebührnissen eines Regimentskommandeurs. Die noch bestehenden Gefangenenlager werden den Abwickelungsämtern unterstellt.

Hochbahn oder Untergrundbahn. Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung des Antrages Koch und Genossen (B. V.), die nördliche Endstrecke der A. E. G.-Schnellbahn vom Bahnhof Gesundbrunnen als Untergrundbahn und nicht, wie schon mehreremale beschlossen, als Hochbahn zu erbauen, hat nach eingehender Beratung unter ausführlichen Erläuterungen des Geh. Baurats Krause und des Baurats Zaar beschlossen, dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Neue Diensträume für die Eisenbahndirektion. Der Raummangel im Geschäftsgebäude der Eisenbahndirektion Berlin hat Veranlassung gegeben, einen Teil der Diensträume nach der Königgrätzer Straße 105 zu verlegen. In den neuen Diensträumen sind unter anderem die technischen Bureaus für die Elektrisierung der Berliner Stadt- und Ringbahn, für den Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße und endlich die Diebstahlsüberwachungsabteilung untergebracht.

Die Sammelkarte der Straßenbahn. Die Verbandsversammlung Groß-Berlin hat sich, wie berichtet, in ihrer letzten Sitzung für die Einführung einer Sammelkarte für 5 Fahrten zu 1,— Mark ausgesprochen. Wie wir hören, ist die Wiedereinführung der Sammelkarte noch nicht zum 1. Oktober zu erwarten; es hat sich zunächst der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn mit der Frage zu beschäftigen, der voraussichtlich in der ersten Hälfte des Oktober zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten wird.

Die Haussuchung bei der eigenen Mutter. Ein wohl einzig dastehender Fall von versuchter Erpressung führte gestern den Kaufmann Kurt Giesener vor das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts III. Mitangeklagt waren die Angehörigen des Freischützkorps Alfred Maschke und Robert Bückel. Der Angeklagte Giesener, der schon wegen Unterschlagung und Betruges zu Gefängnis verurteilt ist, hatte folgenden Plan zur Ausführung gebracht: Er trat an die beiden völlig unbescholtenen Mitangeklagten heran und überredete sie, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Freischützkorps bei seiner eigenen Mutter, einer schwer nervenleidenden Frau eine Haussuchung vorzunehmen und ihren gesamten Brillantschmuck zu beschlagnahmen. Die beiden Soldaten erschienen am 11. April in der Wohnung der Frau in der Luitpoldstraße, einer von ihnen zog die Pistole und erreichte damit, daß die Frau ihre gesamten Schmucksachen im Werte von über 10 000 Mark herausgab. Der Pförtner des Hauses hatte indessen die Soldaten beobachtet und wollte sofort die Polizei benachrichtigen. In dem Augenblick, als der Angeklagte Bückel eine Quittung über die Schmucksachen ausstellen wollte, erscholl der Ruf: „Hände hoch!", und beide Erpresser wurden ohne Widerstand abgeführt. Das Gericht nahm räuberische Erpressung an und verurteilte Maschke und Bückel zu je 1 Jahr, Giesener zu 1½ Jahren Gefängnis.

Zugveränderungen nach dem Osten. Infolge der Auflösung der Eisenbahndirektion in Posen treten wesentliche Veränderungen im Fernverkehr nach dem Osten ein. Zunächst wird zwischen Reppen und Berlin ein neuer Personenzug vorgesehen, der in Berlin-Friedrichstraße um 7,30 Uhr abends eintrifft. Auf der Strecke Berlin—Frankfurt-O. fallen noch einige Züge aus, dagegen soll Zug 205, der von der Friedrichstraße um 11,30 Uhr mittags abfährt, auch weiterhin nach Reppen verkehren.

Blaue und grüne Polizei.

Die künftige Zusammenarbeit im Berliner Sicherheitsdienst.

Die Neuorganisation des gesamten Berliner Polizeiwesens, die eine dringende Notwendigkeit geworden ist, hat in den letzten Tagen zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben. In Neukölln kam es vor einigen Tagen auf einem Vergnügungsplatze zu wüsten Tumulten zwischen dem anwesenden Publikum, einigen blauuniformierten Schutzleuten und drei Soldaten der neuen Sicherheitswehr. Die Stellungnahme richtete sich hierbei bedeutlich gegen die Leute der Sicherheitswehr, so daß sie fluchtartig entweichen mußten. Dieser Zwischenfall, der nicht vereinzelt dasteht, hat gezeigt, daß eine unverkennbare Spannung zwischen den beiden Polizeigruppen besteht, die letzten Endes dazu angetan ist, zum Schaden der Allgemeinheit sich auszuwachsen. Ueber das Verhältnis der neugeschaffenen grünen Truppe zu der alten Berliner Schutzmannschaft und über die Befugnisse beider Polizeiorganisationen teilt Oberstleutnant Heinrichs, der Führer der Sicherheitswehr, Gruppe 2, einem unserer Mitarbeiter folgendes mit:

„Zunächst muß betont werden, daß die Sicherheitswehr als aufsichtsführendes Organ ihre offizielle Tätigkeit erst mit dem 1. November aufnimmt. Alle Beschwerden über Unzuverlässigkeit der Mannschaften und über Unreinigkeiten mit den bestehenden Polizeiorganen müssen schon aus diesem Grunde vorläufig zurückgewiesen werden. In den Kreisen der alten Berliner Schutzmannschaft herrscht die durchaus irrige Auffassung, daß die neue Sicherheitswehr die zuverlässigen und alterprobten Leute gewissermaßen beiseite schieben wolle. Dieser Meinung ist wohl auch ein großer Teil der Bevölkerung, die sich aus alter Tradition eine starke Anhänglichkeit für die Blauuniformierten bewahrt hat. Die Situation liegt indessen ganz anders. Es ist schon allein im Hinblick auf die Befugnisse der Sicherheitswehr eine Unmöglichkeit, die Tätigkeit der Schutzmannschaft lahmzulegen oder gar auszuschalten. Der Sicherheitstruppe ist zunächst die Verhinderung und Bekämpfung von Handlungen gegen die Regierung, sowie die staatlichen und städtischen Einrichtungen übertragen. Ferner hat sie ein scharfes Augenmerk auf den Schutz des einzelnen Bürgers und seines Eigentums zu geben und Verbrechen und Vergehen in dieser Richtung zu verhüten. Die Ordnungspolizei hingegen, die sich aus der alten Berliner Schutzmannschaft zusammensetzt, hat zunächst für Ordnung, Ruhe und Reinlichkeit auf öffentlichen Straßen zu sorgen, gleichzeitig aber auch die gesamte Regelung des Verkehrs in den Händen. Einen zweiten Hauptteil ihrer Aufgabe leistet sie als Wohlfahrts-, Gewerbe- und Marktpolizei, sowie in der Beaufsichtigung des Straßenhandels. Diese ziemlich scharfe Trennung des Arbeitsfeldes lehrt allein schon, daß von einer gegenseitigen Beengung oder gar Verdrängung keine Rede sein kann. Es wird allerdings nicht ausbleiben, daß bei Verbrechen oder Vergehen beide Organisationen als zuständig einzugreifen haben, derartige Fälle dürften aber insofern Gutes in sich bergen, als auf diese Weise eine feste gegenseitige Stütze geschaffen ist. Die Schutzmannschaft möge nicht verkennen, daß sie die Sicherheitspolizei absolut hinter sich hat und jederzeit von ihr tatkräftige Hilfe beanspruchen kann. Die unsicheren Verhältnisse in Groß-Berlin haben es mit sich gebracht, daß die numerisch kleine Schutzmannschaft auf die Dauer der Situation nicht gewachsen sein konnte, andererseits aber nicht verstärkt werden durfte. Diese Tatsachen ließen die neue Sicherheitspolizei erstehen, die eine Stärke von etwa 9000 Mann erhalten soll. Der Bestand der Schutzmannschaft umfaßt jetzt etwa 3500 Beamte. Es wäre somit wünschenswert, wenn beide Organisationen zum Nutzen der Bevölkerung Hand in Hand arbeiteten und sich nicht durch kleinlichen Zwist, der leider häufig auf das Gebiet der Politik hinübergreift, zersplitterten. Was das Publikum anbetrifft, so ist zu erwarten, daß es bald Gelegenheit haben wird, den Nutzen der Neueinrichtung kennen zu lernen und dementsprechend seine Animosität abzulegen."

*

Gestern fand in der Westend-Kaserne in Charlottenburg eine Besichtigung der neuen Sicherheitspolizei statt. Anwesend waren Reichswehrminister Noske, der Minister des Innern, die Polizeipräsidenten von Berlin und Charlottenburg. Die Mannschaften gaben Proben davon, wie sie ihren Dienst versehen werden, wie sie bei bestimmten Gelegenheiten eingreifen würden. An die Besichtigung schloß sich eine Rede des Ministers des Innern an, in der er betonte, daß der schwere Dienst der Sicherheitswehr

Der Glückspilz.

Roman

[38. Fortsetzung.] von [Nachdruck verboten.]

Alice Berend.

XXIII.

Das Beste in sich vermag niemand mitzuteilen.

Vielleicht war dies die Ursache, daß Martin niemals dazu kam, Marianne zu sagen, was ihm in dieser Nacht den Sinn durchleuchtet hatte.

Beim Frühstück erfuhr er, daß er, vor Marianne, nie wieder das Wort Ameise erwähnen dürfe. Nie wieder.

Sie selbst wünschte sich über dieses Geschöpf nur noch ein einziges Mal zu äußern. Um Martin mitzuteilen, daß sie ihre vielgepriesene Kultur verachte und die ganze Rasse für degenerierte erkläre. Da sie festgestellt habe, leider hatte feststellen müssen, daß alle Ameisen minderwertig wären. Daß sie den sicheren Beweis dafür gewonnen habe, daß das Lebensideal dieser niedrig gearteten Wesen, außer beständiger Verliebtheit, Freßlust wäre. Freßlust. Aus diesem Trieb entspringe ihr sogenannter Fleiß. Aus diesem Trieb heraus vollbrachten sie unnützlich Scheinendes.

Martin lächelte noch. Er versuchte, herauszufinden, ob Marianne im Ernst spräche oder im Scherz.

Bis sie ihm sagte, daß die Ameisen über ihren Honigtopf gekommen wären.

Er wußte, was der Honig für Marianne bedeutete. Genau so wie ihrer Mutter, der dieser süße Tribut der Bienen ebenfalls unentbehrlich war. Schon als Kind hatte Marianne gewußt, daß man es leichter entbehren könne, wenn die Sonne eines morgens nicht aufgehen würde, als daß beim Frühstück das goldgelbe Honigtöpfchen fehle.

Das war schon damals gewesen. Heute aber lebte man in knapper Zeit. Heute war Honig eine Rarität. Es war der letzte Honig, über den die gefräßigen Insekten hergefallen waren.

Marianne erinnerte Martin daran, wie schwierig sie diesen Honig erhalten hatte. Wie sie sich seinetwegen in ein Bauernhaus gewagt, obwohl auf der Wiese davor ein wirklicher Stier herumgesprungen war.

Aber diese Ameisen? Keine Gefahr, keine Mühe scheute die Freßgier dieser minderwertigen Rasse. Den weiten Weg von ihrem Haufen bis zum Fensterbrett hatten sie gewagt.

Martin verließ den Frühstückstisch und ging davon. Nicht an seine Arbeit. Marianne sah ihn über die Wiesen davoneilen.

Er war also beleidigt? Weil sie seine hochbegabten Ameisen einmal beim rechten Namen genannt? Er konnte also doch beleidigt sein?

Sie warf sich in ihr Netz und holte den Roman hervor. Der fesche Kerl hatte die Proletarierin wirklich geheiratet. Warum? Weil er beobachtet hatte, daß sie Blumen, die sein nachlässiger Diener verdorren gelassen, heimlich betreute und gepflegt.

Das Buch mußte die Mutter lesen. Das würde eine Aufregung geben, wenn sie erfahren würde, durch welche Kleinigkeit ein Mädchen eine gute Partie machen könne.

Marianne kniff ein Gefaltchen in die Seite, auf der der Heiratsantrag stand.

Sie las weiter. Naturbeschreibungen überschlug sie. So war sie bald mitten in der Ehe des jungen Paares. Es gab Mißverständnisse. Aber die Versöhnungen, die ihnen folgten, waren von leidenschaftlicher Wildheit. Immer wieder verstand die junge Frau, durch eine Wendung des Widerspruchs der geheuchelten Lieblosigkeit des Gatten zu reizen, bis er sich schließlich, auf ein schmales Lächeln nähernder Versöhnung hin, wie ein Verschmachteter über sie warf.

Auf Seite 213 mißhandelte er die Geliebte sogar mit der Reitpeitsche. Schuldbewußt stöhnte die junge Frau nur Danksworte unter seinen Schlägen.

Marianne legte ein Pflaumenblatt zwischen die Seiten 213 und 214. Sie zerreißte jetzt daran, ob das Buch etwas für die Mutter wäre. Aber Irma würde sie es geben. Irma hatte versichert, daß sie nach bestandenem Examen nicht ein geschlecht Buch mehr in die Hand nehmen wolle.

Marianne klappte das Buch zu, und dachte sich selbst allerlei aus. Es war ganz amüsant, einen kleinen Streit mit Martin zu haben. Es war endlich einmal etwas anderes. Diese ewige Güte war langweilig. Ein Tag, wie der andere, heute wie gestern, morgen wie heute.

Endlich war sie einmal neugierig auf Martins Rückkehr. Sie würde Martin tüchtig zappeln lassen. Kein freundliches Wort sprechen. Sich beleidigt stellen, weil er sie verlassen hatte, ohne ihr zu sagen, wohin er gehe. Weil er alles persönlich nahm, was man über seine geliebten Ameisen sagte. Weil er sie mit seinen Ameisen sozusagen beruhige. Kein freundliches Wort sollte er hören. Kein Lächeln zu sehen bekommen. Bis es spät Abend geworden.

Marianne lächelte. Die Spitze ihrer schmalen Zunge schlüpfte, schnell wie eine Eidechse, einmal eings um die roten Lippen.

Es war Mittag geworden, als Martin zurückkehrte. Marianne, im kühlen Schatten, sah durch die Maschen ihres Netzes, wie er durch den Sonnenbrand der Wiesen dem Hause zueilte.

Sie freute sich. Ihr Herz ging rasch. Wie früher, als Ludwig heimlich zu Besuch kam und die Mutter ausgegangen. Endlich einmal wieder fühlte sie Erwartung.

Sie schloß die Augen. Sie schlief und hatte gar nichts gesehen.

Martin kam nicht zu ihr.

Marianne empfand etwas wie Bewunderung. Für so schlau hatte sie ihn nicht gehalten. Nun, sie würde auch nicht kommen. Kein gutes Wort bis Abend. Noch im Mondschein würde sie ihm davonlaufen. Auf der letzten Wiese mochte er sie einholen. Auf einem Heuhaufen.

Sie sprang aus dem Netz. Sie mußte sich mühen, nicht zu singen. So groß war ihre Heiterkeit. Aber umkleiden wollte sie sich zu Tisch. Besonders hübsch machen. Das weiße Spitzenkleid wollte sie tragen. Von dem der Herr von Schilling-Schellenbach in seiner zeitend unverschämten Weise behauptet, daß sein Schmiegen und Flattern auf den Privatmann wirke wie der Ruf des Auerhahns auf den Jäger.

Frau Rosina rief zu Tisch. Im Schatten der Bohnenlaube war das ländliche Mahl aufgetragen.

Martin war schon am Platz. Marianne setzte sich ihm gegenüber. Ohne ihn eines Blickes zu würdigen. Sie fühlte, daß Martin sie ansah. Sie wußte, daß sie schön war. Sie freute sich auf den heutigen Tag. Auf den heutigen Abend.

Kein Tag jedoch ohne Enttäuschung. Als sie den Suppenlöffel greifen wollte, war er festgebunden. An einem Steinkrug. Es zeigte sich, daß auch Messer und Gabel an silbernen Ketten hafteten. (Fortsetzung folgt.)

hohe Anforderungen an die Truppe stelle. Vor allem sei ein gutes, ruhiges und zielbewußtes Auftreten der Beamten nach außen hin erforderlich. Die Sicherheitsbeamten müßten dem Publikum Schutz und Hilfe angedeihen lassen, das Eigetum schütze und den Arbeitswilligen Schutz gewährleisten.

Kleine Notizen. Das Kaufhaus des Westens teilt uns mit, daß bei der gestrigen Schießerei in der Tauentzienstraße, wobei, wie gemeldet, ein Kaufmann tödlich verletzt wurde, kein Angestellter des Kaufhauses in Frage kommt.

Unfall eines D-Zuges. Gestern vormittag 2 Uhr 18 Minuten ist, wie uns telegraphiert wird, auf Bahnhof Haltern der D-Zug 91 Köln—Altona bei der Durchfahrt auf eine Rangierabteilung gefahren. Der Heizer und der in Abteilung 1 im Postwagen des D-Zuges befindliche Postsekretär wurden getötet. Eine weitere verkohlte Leiche, vermutlich die eines Postbeamten, wurde noch nicht erkannt. Schwer verletzt wurden ein Postbeamter und der Lokomotivführer der Rangierabteilung; leicht verletzt sind elf Bahnpostbedienstete. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen.

Erhöhung des Weltvereinsportos. Der spanische Postminister erklärte, einem Privattelegramm aus Basel zufolge, daß vom 1. Januar ab das Weltpostvereinsporto von 25 auf 40 Cent. erhöht werden wird. Die Postverwaltungen des Weltpostvereins hätten sich mit großer Mehrheit für diese Erhöhung ausgesprochen.

Dampferbrand an der Küste Rügens.

Das Schicksal des Dampfers „Svionia".

Ein Unstern scheint über dem Geschick des Stettiner Frachtdampfers „Svionia" zu walten, der bereits im Jahre 1915 an der Küste Rügens strandete und jetzt geborgen werden sollte. Vor einigen Tagen brach auf dem Dampfer ein schwerer Brand aus, der eine vollständige Zerstörung des Innenschiffes herbeiführte. Ueber die Vorgeschichte und den jetzigen Brand des Dampfers werden uns noch folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Im Herbst 1915 wurde nördlich des Ostseebades Lohme der zirka 4000 Bruttoregistertonnen fassende Frachtdampfer „Svionia" der Reederei Kunzmann-Stötter von einem englischen U-Boot bei heftigen Nordstürmen mit Artillerie beschossen. Nachdem das Schiff elf Treffer erhalten hatte, verließ die Besatzung in Booten den Dampfer und überließ ihn seinem weiteren Schicksal. Das U-Boot konnte wohl eine Torpedierung des Schiffes wegen des Sturmes nicht vornehmen. Das führerlose Schiff trieb unterhalb der Kreidefelsen von Stubbenkammer auf den Strand und wurde ziemlich hoch an das Ufer geworfen. Seitdem wurde nun daran gearbeitet, das Schiff wieder flott zu machen und diese Arbeiten in der letzten Zeit, unter Anwendung der neuesten technischen Hilfsmittel besonders gesteigert. Man hoffte, den Dampfer etwa am 15. September flott zu bekommen. Auf bisher unaufgeklärte Weise brach nun am 10. September, 4 Uhr morgens, ein großer Brand auf dem Schiff aus. Hierbei gelang es den auf dem Schiff wohnenden Bergungsmannschaften nicht, sich vollzählig in Sicherheit zu bringen. Zwei Mann, die im Mittelschiff in der unteren Kajüte schliefen, konnten den Ausgang nicht mehr erreichen, die Flammen versperrten ihnen den Weg. Sie versuchten, durch die Bullaugen des Schiffes ins Freie zu gelangen, konnten aber nur die Arme und den Kopf hindurch zwängen. Sie wurden wiederholt von außen durch die Bullaugen mit Wasser begossen, es war aber keine Rettung möglich, und so fanden die beiden Männer schließlich den Tod in den Flammen. Ein aus Saßnitz herbeigeeilter Löschdampfer konnte auch keine Rettung mehr bringen. — Der Brand war gegen mittag abgelöscht, das Schiff ist vollständig ausgebrannt.

Die Films der Woche. Unter den neuen Films der Ufatheater ist neben dem hier schon besprochenen Drama „Madame Dubarry" noch das am Kurfürstendamm laufende Drama „Kitsch", das im Mozart-Saal sich abspielende Schauspiel „Das Spiel von Liebe und Tod" mit Hella Moja in der Hauptrolle und ein Zeitbild „Der Kriegsgewinnler" zu nennen, das die Kammerlichtspiele bringen. Von diesen drei Stücken zeichnet sich das letztere durch wohlgelungene Charakterisierung aus. Während im Marmorhaus der erfolgreiche Film „Moderne Töchter" noch in dieser Woche läuft, kam im Theater am Moritzplatz das Drama „Die Liebe des Bastard" zur Uraufführung. Es geht durch dieses Stück ein starker Pulsschlag. Menschliche Konflikte berühren sich mit sozialen Problemen, aber die Stimme des Blutes siegt. Die Regie, für die Max Mack zeichnet, ist feinfühlig und von malerischer Bildwirkung, sie wird durch schauspielerische Kräfte, wie Rose Veldtkirch, Ludwig Hartau, Hermann Thimig und die anmutige Claire Selo unterstützt. Voraus geht ein Lustspiel „Der Doppelmensch", das Arnold Rieck eine Bombenrolle gibt und herzlich lachen macht. Der Tauentzienpalast läßt wieder einen der gerngesehenen Stuart-Webbs-Films abrollen. Er heißt diesmal „Die Brüder von St. Parasitus". Es wird hier reichlich gemordet und erpreßt, und man darf auf die Fortsetzung des Dramas gespannt sein. Eine lustige Verwandlungsgeschichte, „Der Kammerdiener seiner Frau", schließt sich an das Detektivstück an. Der Große Sportpalast bringt zwei Uraufführungen: „Malaria" und „Melodie des Herzens". In den B. T. L. ging das etwas kitschige Drama „Das Lächeln der kleinen Beate" in Szene. — „Prinz Kuckuck", der große Ausstattungsfilm von Paul Leni nach dem Roman von Otto Julius Bierbaum, gelangt am nächsten Donnerstag im Marmorhaus zur Uraufführung.

Der Sport des Sonntags.

Das Deutsche Saint Leger im Grunewald.

Im Grunewald wird heute das klassische Deutsche Saint-Leger von 50 000 Mark, die letzte große Dreijährigenprüfung, gelaufen. Nur sechs Pferde sind am Start des 2800-Meter-Rennens zu erwarten, unter denen aber eine Wahl nicht leicht fällt. Mit den besten Aussichten gehen der Derbysieger Gibraltar und der seit längerer Zeit aufgesparte Eckstein an den Ablauf. — Im Kincsem-Rennen von 40 000 Mark, das über 3200 Meter führt, steht Traum vor der schweren Aufgabe, an Palestroe 18 Pfund wegzugeben. Marmor, Harlekin, Grodno, Lorbeer und Indus vervollständigen das Feld. Von den beiden aus dem Frankfurter Programm übernommenen Rennen müßte es im Goldpokal einen spannenden Kampf zwischen Rosenritter, Einhart und Hallunke geben. — Ferner finden Rennen in Bremen und Leipzig statt. — In Wien wird das Oesterreichische Derby gelaufen. Als Sieger erwartet man Fürst Festetics Pazman vor Brizen und Angelus. — Im Sportpark Treptow kommt ein Fliegerradrennen, das Große Handicap über 60 Kilometer zur Entscheidung. Als Malmann startet Appelhans, der Przyrembel 2, Wieweral 18, Rosenlöcher 5 und Sawall 7 Runden vorzugeben hat. — Die Leichtathletik bringt in Baumschulenweg auf dem Turnerschaftsplatz den Meisterschafts-Vereinsneunkampf des Verbandes Berliner Athletikvereine in drei Klassen. — Die Berliner Fußball-Verbandsspiele setzen in der Ligaklasse folgende Vereine in Tätigkeit: Alemannia—Favorit (Reinickendorf); Hertha—Wilhelmsruh (Herthaplatz); Cimbria—Union-Oberschöneweide (Neukölln); Tennis-Borussia—Weißensee 1900 (Niederschönhausen); Union 92—B. B. C. (Mariendorf); Borussia-Schöneberg—Victoria-Mariendorf (Mariendorf); Preußen—Vorwärts (Mariendorf); Germania-Spandau—Minerva (Spandau); V. S. V. 92—Triton (Schmargendorf); Preußen-Spandau—Union (Spandau); Victoria, Preußen, Hertha, B. S. V. 92. — Auf dem Müggelsee geht die Gigsegelregatta der Wettfahrtvereinigung Berliner Gigsegler, die 38 Boote am Start vereinen wird, um die seit 1914 nicht mehr ausgefahrenen Wanderpreise, vor sich.

Voraussagen für die heutigen Rennen in Grunewald.

Anfang 1½ Uhr.

1. R.: Rosenritter — Einhart.	5. R.: Götterknabe — Sonntagsmädel.
2. R.: Grenze — Voigt.	6. R.: Traum — Marmor.
3. R.: Gibraltar — Eckstein.	7. R.: Merlin — Corinne.
4. R.: Einspruch — Stall Weinberg.	8. R.: Stall Oppenheim — Mörser.

Die große Vergaserkonkurrenz. Zum Vergaserwettbewerb (Prüfung an Lastkraftwagen und auf dem Bremsstand) sind folgende Vergaser gemeldet worden: 1. Schlee-Vergaser (Ernst Schlee, Pirna); 2. Einhorn-Vergaser (Sudhaus & Sewerin, Gütersloh); 3. W.-F.-Vergaser (Wilhelm Füllbeck, Eisenach); 4. Homa-Vergaser (Homa-Fabrik für Apparate- und Maschinenbau, Berlin); 5. Harras-Vergaser (Harras-Vergaser-Ges., Berlin); 6. Pallas-Vergaser (Pallas-Zenith-Ges., Charlottenburg); 7. Zenith-Vergaser (Pallas-Zenith-Ges., Charlottenburg); 8. Tuto (Sparvergaser-Ges., Berlin); 9. Lyma-Vergaser (Lyma-Vergaser-Fabrik Dietz & Co., Dresden); 10. Ideal-Vergaser (Metallwarenfabrik Ideal, Opladen); 11. Meco-Vergaser (Metallwerke Continental, Bielefeld); 12. Graetzin-Vergaser (Graetzin-Ges. für Kraftmaschinenteile, Berlin); 13. Favorit-Vergaser (Favorit-Vergaser-Ges.); 14. W.-Vergaser (Wilhelm Wiegand, Merseburg); 15. Triplex-Vergaser (Fritz Altmann, Berlin-Weißensee); 16. Nebel-Vergaser (Emil Strobel, Berlin). — Die Nennungsliste für die Kleinmotoren-Vergaserprüfung umfaßt folgende Namen: 1. Tuto, 2. Lyma-Vergaser, 3. Homa-Vergaser, 4. Pallas-Vergaser, 5. Zenith-Vergaser, 6. Graetzin-Vergaser, 7. Schlee-Vergaser, 8. Zefan-Vergaser (Zefan-Apparatebau-Ges., Berlin); 9. Harras-Vergaser, 10. Ideal-Vergaser, 11. Nebel-Vergaser, 12. Einhorn-Vergaser. — Der Einbau der Vergaser beginnt bereits am 18. September, die Fahrt auf einer bergigen Strecke in der Nähe Berlins am 23. September.

Wetterbericht. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich bei wiederholten, stellenweise starken Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

HANDELS-ZEITUNG.

* Grosshandelsverbände gegen Einkaufsverbände des Einzelhandels

Eine Entgegnung des Zentralverbandes des deutschen Grosshandels.

In einem Schreiben hatte das Reichswirtschaftsministerium den „Deutschen Industrie- und Handelstag" aufgefordert, sich zu einer Reihe von Eingaben zu äussern, in denen von Einkaufsverbänden aus der Textilbranche über das Verhalten des Grosshandels Klage geführt wurde (vergl. den Artikel in Nr. 421 des „Berl. Tagebl."). Zu diesem Schreiben nimmt nun der Zentralverband des deutschen Grosshandels, dem die Gesamtheit der in Frage kommenden deutschen Textilgrosshandelsfachverbände angeschlossen ist, gleichfalls in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium Stellung. Wir entnehmen den Ausführungen das folgende:

„Die Angaben der Einkaufsvereiniungen, wonach die Grosshandelsverbände darauf hinarbeiten, durch Verträge mit den Fabrikanten die Lieferung an Einkaufsverbände zu untersagen, muss in ihrer allgemeinen tendenzlösen Art als völlig unrichtig bezeichnet werden. Es ist richtig, dass einige wenige Gruppen des Textil-Grosshandels derartige Verträge getätigt haben; es handelt sich dabei aber um Abreden, die schon jahrelang vor Beginn des Krieges getroffen worden sind. Der Standpunkt der Industrie in dieser Frage ergibt sich aus einer in der gleichen Angelegenheit erfolgten Aeusserung von beteiligten Fabrikantenverbänden, in der zum Ausdruck kommt, dass ein Rütteln an diesen Abkommen eine gesunde Industrie zerrütten und durch Untergrabung ihrer Existenzbedingungen zahllose Arbeiter brotlos machen, oder doch einem völlig schwankenden Schicksal aussetzen würde. — Unseres Erachtens hätten die Einkaufsvereinigungen nur dann ein Recht, gegen die vom Textil-Grosshandel getroffenen Massnahmen Einspruch zu erheben, wenn sie in der Lage wären, die Funktionen des Grosshandels zu übernehmen. Da dies nicht der Fall ist, besteht für den Grosshandel die Verpflichtung, sich den Einkaufsvereinigungen gegenüber gegen seine beabsichtigte Ausschaltung zu wehren. Die Tendenz zur Ausschaltung des Grosshandels durch die Einkaufsvereinigungen ist ungesund, weil der überwiegendste Teil der Einzelhändler ein sehr starkes Interesse daran hat, die Verbindung mit dem Grosshandel aufrechtzuerhalten. Der Grosshandel unterhält ständig Lager, die den Einzelhändlern besonders in den Massenartikeln die Möglichkeit bieten, ihre Vorräte laufend je nach Bedarf zu ergänzen. Hierdurch ist der Einzelhändler erst in der Lage, stets über ein lückenloses Sortiment zu verfügen, und kann mit einem geringeren Betriebskapital arbeiten, als wenn er in längeren Abständen die grösseren Posten von der Fabrik hereinnehmen muss. Die Verbindung mit dem Grosshandel schützt den Kleinhandel deshalb auch vor Konjunkturverlusten, während er bei steigendem Markte von den langfristigen Abschlüssen mit den Grosshändlern Nutzen zieht. Ueber alle Neuigkeiten wird er schnell unterrichtet und kann Versuche in kleinem Masse unternehmen. So schafft der Grosshandel dem Kleinhandel Bewegungsfreiheit und trägt alle Risiken. Die Einkaufsvereinigungen sind nicht imstande — und es kann dies auch nicht ihre Aufgabe sein — die Risiken zu übernehmen, mit denen der Grosshandel zu arbeiten gewöhnt ist, betragen doch z. B. die Konjunkturrisiken für die Stapelarbeiten heute bei der Verteuerung der Produktion ein zehnfaches wie früher. Andererseits ist der Grosshandel in der Lage, da er über den Weltmarkt unterrichtet ist und ihm Anregungen von allen Seiten zuströmen, auch die Fabrikanten zu unterrichten, anzuregen und für jede Neuheit die passendsten Hersteller auszuwählen, während der Einkaufsvereinigung nur eine beschränkte Anzahl von Fabriken zur Verfügung stehen und ihre Sortiments nicht entfernt in der Reichhaltigkeit denjenigen des Grosshandels gleichkommen. Der Fabrikant aber kann dem Grosshändler vorteilhaftere Bedingungen als den Einkaufsvereinigungen einräumen, da die Aufträge des ersteren ihm eine bessere Ausnutzung seiner Fabrikanlage ermöglichen. Dadurch kann der Grosshandel den Wettbewerb mit der Fabrik bestehen. Durch die grosse Ordererteilung des Grossisten an die Fabrikanten tritt andererseits eine Verbilligung der Waren ein, die in keinem Verhältnis zu der Verbilligung der Waren durch die Einkaufsvereinigungen steht. Die weitere Forderung der Einkaufsgenossenschaften, an der Einfuhr von Fabrikaten des Auslandes als Grosseinführer beteiligt zu sein, verkennt, dass die methodische Organisation einer solchen Einfuhr nur durch den Grosshandel möglich ist, der dazu seine Erfahrungen und Beziehungen, vor allem für die Kreditbeschaffung im Ausland, zur Verfügung stellen wird. Es ist geradezu undenkbar, dem während des Krieges in Einkaufsvereinigungen organisierten Einzelhandel diese schwierige Arbeit und das damit verbundene ausserordentliche geschäftliche Risiko zuzumuten. Es würde zweifellos zu einer schweren geschäftlichen Schädigung des Einzelhandels führen, da er die notwendige Gewandtheit und eingehende Kenntnis des Aussenhandels nicht besitzt."

In der obigen Darlegung wird zutreffend ausgeführt, dass der Grosshandel in unserem Wirtschaftsleben unentbehrlich ist, da nur er in der Lage sei, Aufgaben zu erfüllen, die weder die Industrie noch der Einzelhandel in der gleichen Weise erfüllen könnten. Gerade aber diese überzeugende Darstellung der Vorteile und Ueberlegenheiten des Grosshandels liefert den Beweis dafür, dass die Einkaufsvereinigungen der kleineren Einzelgeschäfte niemals in der Lage sein werden, den Grosshandel in stärkerem Umfange zu ersetzen und auszuschalten. Aus diesem Grunde scheinen uns aber auch solche Vereinbarungen zwischen einzelnen Fabrikanten- und Grosshandelsverbänden, die jeden direkten Verkehr zwischen den Fabrikanten und den Einkaufsvereinigungen verhindern wollen, über das Ziel hinaus zu gehen, besonders dann, wenn man den grossen Einzelkaufhäusern einen solchen Verkehr gestattet. Es ist früher bereits in manchen Fällen gelungen, den Ausschaltungsbestrebungen beider Seiten durch verständige Abmachungen ihren rigorosen Charakter zu nehmen. Dies sollte auch anlässlich der jetzt hervorgetretenen Differenzen wieder versucht werden.

*** Ueber die Gerüchte von bevorstehenden Kapitalerhöhungsplänen bei Berliner Grossbanken,** die an der gestrigen Börse umliefen, hatten wir in der gestrigen Abendausgabe berichtet. Wie wir schon in einem Teile der gestrigen Abendausgabe mitteilten, wurde uns von den Direktionen mehrerer Berliner Grossbanken auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass Kapitalerhöhungspläne von ihnen bisher nicht erwogen wurden und für die nächsten Jahre auch kaum in Betracht kämen. Die Banken glauben den Anforderungen, die das Wirtschaftsleben in absehbarer Zeit an sie stellen wird, auch mit ihren jetzigen Mitteln hinlänglich gewachsen zu sein.

*** Erhöhung der Preise für Sparmetalle.** Vom 15. September ab wurden die Richtpreise für Sparmetalle für Lieferungen auf Grund von Kontingentsscheinen erneut erhöht. Zum Teil ist die Erhöhung recht beträchtlich und beträgt mehr als das Doppelte der bisherigen Notierungen. Nachstehende Uebersicht zeigt die Steigerung gegenüber den Preisen vom 11. Juni. Die Preise betragen für 100 Kilo: Kupfer am 15. September 1050 M. (am 11. Juni 450 M.), Zinn 2800 M. (1400 M.), Aluminium 1500 Mark (1000 M.), Blei 260 M. (100 M.).

*** Aus der Eisenindustrie an der Saar.** Die Dillinger Hüttenwerke arbeiten zurzeit mit Hochdruck und haben bedeutende Mengen Stahlbleche für die französische Handelsflotte im Auftrag. Bezüglich der Französierung dieser Werke ist man bis heute noch keinen Schritt weiter gekommen; das französische Kapital beträgt nach wie vor 42 pCt. — Nachrichten darüber, dass die Dillinger Hüttenwerke das Nachbarwerk von Franz Méguin käuflich erwerben sollten, bestätigen sich nicht. Die Gesellschaft Méguin ist heute ebenfalls sehr gut beschäftigt und beabsichtigt, selbst im unbesetzten Deutschland ein zweites Werk zu errichten, um von dort aus ihre deutsche Kundschaft zu bedienen. Ein zweites Werk von Méguin an der Saar ist die Oelraffinerie von Loutre bei Saarlouis. Hier wird das elsässische Petroleum destilliert und aus ihm die industriellen Oele gewonnen, die an der Saar Verwendung finden.

*** Braunschweigische Akt.-Ges. für Jute- und Flachs-Industrie.** Nach Abzug der Unkosten und der Abschreibungen verbleibt für das Geschäftsjahr 1918/19 ein Ueberschuss von 924 753 Mark ([illegible]), aus dem wieder eine [illegible]proz. Dividende ausgeschüttet werden soll. 141 145 M. (133 607) sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz werden u. a. erwähnt: Wertpapiere mit 2 026 977 M. (3 726 730), Schuldner mit 2 183 996 M. (1 239 766), Gläubiger mit 1 212 630 M. (1 499 691).

*** Presspanfabrik Untersachsenfeld Akt.-Ges.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 pCt. fest. Die Aussichten für das laufende Jahr könnten, wie die Verwaltung mitteilte, einstweilen als günstig bezeichnet werden.

*** Der Wochenkurszettel des „Berliner Tageblatt",** enthaltend die amtlichen Kursfestsetzungen vom 15., 17. und 19. September, ist erschienen. Er umfasst, nachdem am 1. September wieder der amtliche Verkehr in festverzinslichen Werten eröffnet worden ist, nunmehr auch die Kurse dieser Papiere. Der Kurszettel enthält auch die Eintragungen in das Handelsregister und die Nachrichten über Konkurseröffnungen, soweit sie in der letzten Woche bekanntgegeben worden sind. Der Wochenkurszettel geht den Abonnenten, die einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag beim Verlage bereits gestellt haben oder unter Beifügung der Abonnementsquittung noch stellen werden, unentgeltlich durch die Post zu. Beschwerden über Nichtzustellung sind an die zuständigen Postämter zu richten. Nichtabonnenten können den Wochenkurszettel bei ihrer Postanstalt besonders abonnieren. Der Bezugspreis beträgt monatlich 30 Pfennig.

*** Weiterer Rückgang der Preise für ausländische Valuten an der Kölner Börse.** Die Preise für ausländische Devisen gaben am 20. an der Kölner Börse weiter nach. Für Pfundnoten wurden bezahlt 113½ bis 114 M. (118), für französische Noten 312½ bis 313½ M. (318), für belgische Noten 312 bis 314¾ M. (320), für holländische Noten 1030 M. (1045).

Prag, 19. September. Berlin 121, Marknoten 118, Wien 55.

Zürich, 20. September. (Privat-Telegramm.) Devisenkurse. Berlin 20¾ (vor. Kurs: 20½), Wien 8 (8), Prag 17 (17¼), Holland 208,25 (207,50), New-York 558,50 (560), London 22,47 (23,26), Paris 63,15 (63,75), Italien 55¾ (56), Brüssel 63,75 (63,75), Kopenhagen 121,50 (121,75), Stockholm 136,50 (137), Kristiania 131 (129,50), Madrid 104,50 (104), Buenos Aires 234 (237).

Emil Köster, Lederfabrik Akt.-Ges. in Neumünster wieder 20 pCt.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

*** New-York,** 18. September. (Privat-Kabeltelegramm.) Bei Eröffnung des Börsenverkehrs war die Stimmung schwankend. Im weiteren Verlaufe wurde die Haltung unter dem Druck umfangreicher Abgaben matter. Späterhin regte die lebhafte Nachfrage für die Anteile der Baldwin Locomotive Works und andere industrielle Spezialpapiere allgemein an. Nachmittags zeigte die Spekulation grosse Geschäftsunlust, und die Kurse bröckelten ab, wobei sie den niedrigsten Stand in dieser Woche erreichten. Angesichts der ungeklärten Arbeiterfrage vollzog sich der Schlussverkehr in gedrückter Stimmung. Umgesetzt wurden 870 000 Aktien.

New-York, 18. September. (Privat-Telegramm.)

	18. 9.	17. 9.
Tendenz f. Geld	flüssig	flüssig
Geld a. 24 Stunden	4 1/2	3 1/2
Geld a. 24 Stunden l. D.	5	4
Wechs. a. Berlin	3 3/4	3 3/8
do. a. Paris (Sicht)	8,98	9,17
do. a. London (60 T.)	4,14	4,1150
do. Cable Transfers	4,1525	4,1425
Silber Bullion	113 7/8	113 3/8
North. Pacific 3% Bds.	56 3/8	56 3/8
St. Louis u. S. Franc. Pr. L. Mortgage 4% Bds., S. A.	57 1/4	58 1/8
St. Louis u. S. Franc. Inc. Mortg. 6% Bds. Ser. A.	48 7/8	48 1/4
St. Louis u. S. Franc. 6% Adjustment Bonds	63 3/8	63 1/2
South. Pacific c. M. S. Bds.	82 1/8	82 1/8
Atchison Top. u. St. Fé.	89 3/4	90
Baltimore u. Ohio	40	40 1/2
Canadian Pacific	150	150
Chesapeake u. Ohio	55 3/4	56
Chicago, Milw. u. St. Paul	42	42 3/4
Denver u. Rio Grande	9 1/2	10
Erie Common	15 5/8	15 3/4
Erie Ist pref	24 1/8	24
Great Northern pref.	84 1/2	85*
Great Northern Ore Cert.	42 1/2	43 1/8
Illinois Central	92 1/2	93
Interbor. Consol Cor.	6	6 1/4
Lehigh Valley	48 1/4	49
Louisville u. Nashv.	108	108
Missouri, Kans. u. Texas	12 3/8	12 1/2
Missouri Pacific	27 1/4	27 5/8
Nat Ry of Mex. 2nd pref.	7 1/2	7

	18. 9.	17. 9.
N. Y. Central	72	72
N. Y. Ontario u. West.	19	19
Norfolk u. Western	98 1/2	99
Northern Pacific	86 1/4	86 5/8
Pennsylvania	43	43 1/4
Reading	78	78 3/8
Chic. R. Isl. Pac. Railw.	24 3/8	24 3/4
Southern Pacific	100	100 1/2
do. Railway	24 3/8	24 1/4
Southern pref.	60 1/2	60
Union Pacific	122	122 1/2
do. pref.	69	69
Wabash pref.	30	30 1/4
Western Maryland	12 1/8	12 1/4
American Can	58 3/4	56 1/2
Amer. Car u. Foundry	132 3/8	133 1/2
American Locomotive	107 1/4	104 3/4
American Smelting Ref.	75 5/8	76
American Suggar Ref.	128	129
Anac. Copper Mining	66 7/8	67 3/8
Bethlehem Steel Corp.	85 1/2	85 3/4
Central Leather	97 1/4	98 3/4
Consolidated Gas	93	93
General Electric	164	164
Internat. Harvester	131	131
Intern. Mercant. Marine	56 1/8	58 3/4
do. do. pref.	116 1/4	118
National Lead	78	79
Republ. Iron u. Steel	90 1/2	92 3/4
Unit. Stat. Steel Corp.	112 7/8	—
do. do. pref.	113 5/8	114
Utah Copper	83 1/8	83 1/2
Virg. Carolina Chem.	79	90

* exklusive.

New-York, 17. September. Weizen Winter 237½, Mais Nr. 2 mixed mixed a. Abruf 165¼, Mehl Spring Wheat Clears 900—1000, Getreidefracht Liverpool nom., Schmalz Prime Western 25,35, Schmalz Rohe & Bros. 30,25, Petroleum raff. in Cases 23,25, Standard white 19,25, in Tanks 11,50, Credit Balances 400, Terpentin New-York 175, Roheisen Northern Nr. 2 29,00, Baumwolle middling Loko 30,40, Baumwolle per September 29,69, per Oktober 29,87, per November 29,97, per Dezember 30,10, per Januar 30,14, New-Orleans Loko 30,00, Kaffee Rio Nr. 7 Loko 16¼, per September 15,85, per Dezember 15,25, per März 15,20, per Mai 15,15, Zucker Standard Granual 750, Zentrifugal 728, Stahlknüppel nom., Kupfer Electrolytic 23½, Rohzinn nom., Zink 725—745, Blei 595—615.

Fahrig's Hotel Bristol
Frankfurt a. M. vis-à-vis Hauptbahnhof
Modernes renoviertes Haus mit fließendem Wasser und Bädern.
Fernsprecher in allen Zimmern. Besitzer: Franz Fahrig.

Das bekannte Juwelenhaus Margraf & Co., Kanonierstraße 9 und Tauentzienstraße 18a, empfiehlt Perlen und Juwelen aller Art in äußerst geschmackvollen, aparten Fassungen, ebenfalls sein bedeutendes Gold- und Silberlager. Die Firma übernimmt auch den Ankauf von Juwelen aller Art.

Familien-Anzeigen

Statt besonderer Anzeige.
Tinchen Behrendsohn
Erich Behrendsohn
Verlobte.
Gnesen. **Berlin.**
September 1919.

Statt Karten!
Selma Meyer
Heinrich Wurzel
Verlobte.
Chodowieckistr. 3.
Mendelssohnstr. 7.

Statt Karten.
Tony Wolff
Josef Pels
Verlobte
Düsseldorf,
Antoniusstrasse 11a
Hannover,
Richard-Wagnerstr. 20.

Statt Karten!
Else Zibell
Wilhelm Meyer
Apotheker
Verlobte.
Charlottenburg. Berlin.
September 1919.

Statt Karten.
Erna Gerber
Leo Reich
Verlobte.
Flatow W.-Pr. **Lobsens** i. Posen.

Statt Karten!
Sonja Rubenzik
Jacob Gross
Verlobte.
Berlin, Frankfurt a. M.,
21. September 1919.

Statt Karten.
Käthe Jgel
Erich Loewy
Verlobte.
Hufelandstr. 11.
Kochhannstr. 38.
Empfang findet nicht statt.

Statt Karten!
Gertrud Halle
Alfred Schachno
Verlobte.
Posen, im Septemb. 1919.

Statt Karten.
Hella Lewinsky
geb. **Grünsberg**
Alfred Weinberg
Verlobte.
Charlottenburg.
Kantstr. 38. Ansbacherstr. 16.
z. Zt. Essen/Ruhr, Irmgardst. 29.

Herta Ruben
Siegbert Neufeld
Jaweler
Verlobte.
Danzig, im Septbr. 1919

Statt Karten.
Gerda Ehrlich
Hermann Trattner
Verlobte.
Berlin, im September 1919.
Zimmerstr. 48a. I.

Statt Karten!
Dora Wendriner
Adolf Samuel
Verlobte.
Beuthen, O.-Schl. **Berlin.**

Hanni Haase
Max Jordan
Verlobte.
Pudewitz i. Posen. Lessen Wpr.

Statt Karten.
Grete Karpel
Julius Baer
Verlobte.
Breslau
Goethestrasse 41. Hohenzollernstrasse 45.

Statt jeder besonderen Meldung.
Die Verlobung ihrer Kinder **Clara** *und* **Siegfried** *zeigen an*

S. Meier und Frau Emilie geb. Lewit, **Hamburg,** *Bieberstr. 9.*

S. Eisenstaedt und Frau Johanna geb. Friedlaender, **Berlin,** *Barbarossastr. 46.*

Clara Meier
Dr. Siegfried Eisenstaedt
Rechtsanwalt
Verlobte
Hamburg. **Berlin,** *Kochstr. 46.*
Empfang findet nicht statt.

Die Verlobung unserer Kinder **Lotte** und **Fritz** geben hierdurch bekannt
Erich London u. **Frau Frieda** geb. **Cohn.** — **Moritz Tikotin** u. **Frau Hulda** geb. **Plachte.**

Lotte London
Fritz Tikotin
Verlobte.
Liegnitz, **Schweidnitz,** im September 1919.
Empfang Sonntag, den 28. September 1919.

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer Kinder **Käthe** und **Ehrich** beehren sich anzuzeigen
Frau Selma Auerbach geb. **Birnbaum.** — **Salo Blumenreich** und **Frau Grete** geb. **Becker.**
Breslau, Goethestr. 87. **Breslau,** Goethestr. 87.

Statt Karten.
Die Verlobung unserer Tochter Käthe mit dem Dipl.-Ing Herrn Julian F. Spiegel beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.
Hermann Placzek und Frau Molly geb. Bernstein.
Berlin, Spenerstrasse 11.

Meine Verlobung mit Fräulein Käthe Placzek zeige ich ergebenst an.
Julian F. Spiegel, Dipl.-Ing.
Charlottenburg, Wielandstrasse 41, z. Zt. Augsburg.

Empfang. Sonntag, den 28. September.

Eduard Weiss und **Frau Leda** geb. **Wallach** beehren sich die Verlobung ihrer ältesten Tochter **Lissy** mit Herrn Rittergutsbesitzer **Julius Süssmann** ergebenst anzuzeigen.
Breslau, im September 1919.

Lissy Weiss
Julius Süssmann
Verlobte.
Breslau, Kirchhalle 36.
Braunau, Kreis Lüben/Schles.

Margarethe Laband
Bruno Mannheim
Verlobte.
Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 7. **Breslau,** Sadowastrasse 30.

Statt Karten.
Die Verlobung unserer Ältesten Tochter **Betty** mit Herrn **Hans J. Rosenblatt** zeigen hiermit an
Max Meyer und Frau Martha geb. **Hoffmann.**
Hans J. Rosenblatt, Neukölln. — **Betty Meyer,** Schönhauser Allee 92.
Empfang: Sonntag, 28. September 1919.

Statt Karten.
Else Kassel
Dr. Hermann Schmul
Rechtsanwalt
Verlobte.
Posen, im September 1919.

Statt Karten.
Rosa Kallmann
Nathan Schirokauer
Verlobte.
September 1919.
Birkental O/S. Mikultschütz O/S.

Grete Wolff
Albert Posener
Verlobte.
Viktoriastr. 65 **Breslau** Münzstr. 3.

Statt Karten.
Selma Frohwein
Arthur Spiegel
Verlobte.
Mannheim im Septbr. 1919. Berlin W. 50 Nürnbergerstr. 22.

Anny Wellenthin
Leo Hirschfeld
Verlobte.
Berlin. Berlin, Beuthstr. 15.

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer Kinder **Hertha** und **Erich** zeigen ergebenst an
Alex Harris **Briesen** (Wpr.). — **Wilhelm Brenner** und **Frau** geb. **Zwilski,** **Lyck** (Ostpr.)
Hertha Harris
Erich Brenner
Verlobte.
September 1919.

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer Kinder **Minna** und **Benno** zeigen an
S. Lippmann und Frau, geb. **Itzigsohn,** **Posen.** — **Jacob Liebert,** **Graudenz.**
Minna Lippmann
Benno Liebert
Verlobte.

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Aenne** mit Herrn **Herbert Biermann** geben bekannt
Alfons Sternefeld und Frau
Julie geb. **Mack.**
Goch (Niederrhein), im September 1919.

Aenne Sternefeld
Herbert Biermann
Verlobte.
Goch. **Gera-Reuss.**

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer Kinder **Martha** und **Leo** beehren sich hierdurch ergebenst anzuzeigen
Jacob Marcus und **Frau Jenny** geb. **Back.**
Berlin N. 58, Schönhauser Allee 133.
Marcus Marcus.
Barischin, Prov. Posen.

Martha Marcus
Leo Marcus
Verlobte.
Empfang: Sonntag, den 28. September 1919.

Erna Bergmann
Siegfried Berendt
Verlobte.
Nürnberg, Sandtstrasse 14, I. — 1919 — **München,** Knöbelstrasse 14.
Empfangstage:
Samstag, 27., und Sonntag, 28. September, Nürnberg.

Statt Karten.
Die Verlobung ihrer Kinder **Paula** und **Eugen** beehren sich anzuzeigen
Louis Troplowitz und Frau **Emma** geb. **Gottheiner**
München-Solln.
Julius Steinitz, **Königshütte, O.-S.**

Paula Troplowitz
Eugen Steinitz
Verlobte.
München-Solln, Waldstr. 18.
Berlin W., Landshuterstr. 4.

Max Silbermann
Rosa Silbermann
geb. **Panthauer**
Vermählte.
Berlin NO. 19, Landsberger Allee 126.

Julius Goldberg
Alice Goldberg
geb. **Heymannsohn**
Vermählte.
Berlin, 16. Sept. 1919.
z. Zt. auf Reisen.

Paul Vogel
Erna Vogel
geb. **Italiener**
Vermählte.
z. Z. auf Reisen.
Berlin W. 30, Barbarossastrasse 52.

Eugen Goldberg
Else Goldberg
geb. **Wachtl**
Vermählte.
September 1919.
Breslau, Kaiser-Wilhelm-Strasse 158.

Sally Harlam
Gertrud Harlam
verw. **Harlam**
geborene **Prager**
Vermählte.
Königshütte, September 1919.

Dr. Georg Glücksmann
Toni Glücksmann
geb. **Maass**
Vermählte.
Berlin W. 15., Sept. 1919.
Meinekestr. 7.

Fritz de Jong
Viola de Jong
geb. **Rewald**
Vermählte.
Kurfürstendamm 135.
z. Zt. auf Reisen.

Antal Járosy
Dora Járosy
geb. **Lehmann**
Vermählte.
Schöneberg, im Sept. 1919.

Arthur Kempner
Helene Kempner
geb. **Janklowitz**
Vermählte.
Charlottenburg, im September 1919.
Fritschestr. 42.

Arthur Kohnke
Betti Kohnke
geb. **Pintus**
Vermählte.
Sächsischestr. 38. Berlin.

Hugo Kaufmann
Hertha Kaufmann
geb. **Jakobsohn**
Vermählte.
Wilm., Weimarischestr. 5.

Heinrich Prötzel
und **Frau**
Lotte geborene **Dyck**
empfehlen sich als Vermählte.

Johannes Behrendt-Mallachow
Ella Behrendt-Mallachow
geb. **Mende**
Vermählte.
Annaberg, Erzgeb., Georg-Strasse 3,
18. September 1919.

Otto Schleier
Bertha Schleier
verwitwete Arndt geb. Lewy
Vermählte.
Berlin W. 30, den 21. September 1919,
Martin-Luther-Strasse 21.

Oskar Pappenheimer
Jenny Pappenheimer
geb. **Loewenthal**
Vermählte.
Charlottenburg, September 1919.

Max Neulaender
Fränze Neulaender
geb. **Kantorowicz**
Vermählte.
September 1919.
Posen, Schlossstrasse 3.

Max Fraenkel
Martha Fraenkel
geb. **Krzywynos**
Vermählte.
Berlin, September 1919.

Ihre Vermählung geben bekannt
Bruno Solms
Leni Solms
geb. **Haupt.**
Stettin, September 1919.

Statt Karten.
Ludwig Bamberger
Olla Bamberger
geb. **Kestenbaum**
Vermählte.
Leipzig, 14. September 1919.

Fritz Goldschmidt
Lissy Goldschmidt
geb. **Rahmig**
Vermählte.
Breslau, September 1919
z. Zt. **Loschwitz.**

Fritz Kristeller
Lotte Kristeller
geb. **Becker**
Vermählte.
Charlottenburg, September 1919.

Artur Kasper
Gertrud Kasper
geb. **Isaacsohn**
Vermählte.
Berlin, im September 1919. z. Zt. **Norderney.**

Jacob Tuteur
Lena Tuteur
geb. **Seifert**
Vermählte.
Berlin-Lichterfelde-Ost, Parallelstrasse 6.

Dr. **Georg Winterfeld** und Frau Käte geb. Goldstein zeigen die glückliche Geburt einer **Tochter** an.
Charlb., d. 15. Sept. 1919.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief in Folge eines Unfalles am Mittwoch früh unser innigstgeliebter, einziger Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Vetter, der Freiwillige der Reichswehr

Rudi Levy

im 20. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Hermann Levy und Frau Paula geb. **Marcus.**
Gln.-Wilmersdorf, Hohenzollernschestr. 57.
Beerdigung Montag 3 Uhr, Weissensee, neue Halle.

Am 19. d. M., früh, verschied nach langem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Carl Kopper

im 81. Lebensjahre.
Dies zeigen im Namen der Hinterbliebenen an
Albert Kopper, **Neukölln.**
Beerdigung Montag früh 9 Uhr, Weissensee.

Am 18. d. Mts. verschied nach langem Leiden mein geliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater, Schwiegervater und Grossvater, der
Amtsgerichtsrat a. D.

Karl Plessner

Ritter pp.
im eben vollendeten 73. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Doris Plessner geb. **Hadra**
Helene Ehrmann geb. **Plessner**
Dipl.-Ing. **Erich Plessner**
Dr. med. **E. Ehrmann**
und 3 Enkelkinder.
Halensee, Nestorstrasse 7.
Beisetzung: Friedhof Weissensee, Sonntag, den 21. September, 3 Uhr.

Heute verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, mein treusorgender, guter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, Onkel, Neffe und Vetter, der Kaufmann

Julius Becker

im 60. Lebensjahre.
Beuthen O/S., den 18. September 1919.
Namens der Hinterbliebenen
Hedwig Becker geb. **Kosteritz**
Ruth Becker
Adolf Becker und **Frau.**
Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gartenstr. 14, aus statt. Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Am 18. d. M. verschied nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater und Schwiegervater, unser Bruder, Schwager und Onkel, der
Pferdehändler

Max Heydemann

im 61. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Lina Heydemann geb. **Danziger**
Georg Heydemann
Franziska Heydemann
Kurt Heydemann
Dora Heydemann
Irmgard Heydemann geb. **Glaser**
Kurt Lachs.
Berlin, Andreasstr. 48 u. Goldapersir. 7.
Beileidsbesuche dankend verbeten.
Die Beerdigung findet am Montag, d. 22. September cr., um 11 Uhr, von der Neuen Halle des jüdischen Friedhofs, Weissensee, aus statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Seinem langen, tätig reichen Dasein wurde am 17. September, um 12½ Uhr nachts, nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Grossvater, Bruder, Onkel und Schwager, der Kaufmann

Emanuel Lipschitz

im 59. Lebensjahre entrissen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Bianca Lipschitz geb. Kurz.
Posen, Berlin, Ostrowo, Tyler-Texas U. S. A.
Die Bestattung findet Sonntag, den 21. d. Mts., 4 Uhr nachmittags, in Posen statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Nach langem schweren Leiden verschied Sonnabend früh mein innigstgeliebter Bruder

George Becker

im 67. Lebensjahre.
Dieses zeigt tiefbetrübt an
Lina Becker.
Beerdigung: Dienstag mittag 1 Uhr von der neuen Halle des jüdischen Friedhofes Weissensee.

(Fortsetzung der Familienanzeigen nächste Seite.)

Am Dienstag, den 16. September, verschied plötzlich auf der Geschäftsreise in Elbing infolge Herzschlages unser treusorgender gu' Bruder, Schwager und Onkel

Siegmund Ritter.

Im tiefsten Schmerze im Namen der Hinterbliebenen

Fr isabeth Lazarus geb. **Ritter.**

Berlin-Wilmersdorf, 20. Septemb 1919.
Hohenzollerndamm 189.

Der Tag der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Mitten aus rastloser Tätigkeit wurde uns unser langjähriger Vertreter, Herr

Siegmund Ritter

durch den Tod entrissen.

Ein Mann, dessen Leben von treuer, hingebender Arbeit erfüllt war, dessen Denken und Fühlen nur unseren Interessen galt, ist uns genommen worden.

Die Inhaber der Firma Michalski & Striemer.

Unser lieber Kollege, Herr

Siegmund Ritter

ist uns plötzlich entrissen worden.

Wir verlieren den treuesten Freund, dessen vorzügliche Charaktereigenschaften und unermüdliche Schaffensfreudigkeit uns stets ein leuchtendes Vorbild war und bleiben wird.

Sein Andenken wird bei uns unvergessen bleiben.

Die Vertreter der Firma Michalski & Striemer.

Unerwartet verschied am 17. September unser lieber Kollege, Herr

Siegmund Ritter.

Wir beklagen in dem Heimgegangenen den Verlust eines von uns allen hochgeschätzten, stets hilfsbereiten Kollegen, dessen Herzensgüte und Liebenswürdigkeit ihm ein dauerndes Andenken in unsern Herzen sichern.

Das Personal der Firma Michalski & Striemer.

Am 19. d. M verschied sanft unsere inniggeliebte gute Schwiegermutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante, Frau

Ernestine Alexander

geb. **Loewenthal**

im Alter von 85 Jahren.
Namens der Hinterbliebenen
Paula Alexander geb. Baer.

Beerdigung am Montag, den 22. d. M., 1 Uhr, Weissensee, neue Halle.

Heute Nacht entschlief sanft in ihrem 80. Lebensjahre unsere heissgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Friedericke Zweig

geb. **Neuländer.**

Dies zeigen in tiefstem Schmerze an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sohrau O.-Schles., Breslau, Gleiwitz.
20. September 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, 22. d. M., nachm. um 2 Uhr, statt.

Am 20. August entschlief in Chicago Jil. unser lieber, guter Bruder

Arthur Josetti

im 57. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz
Adelheid Josetti, Schöneberg, Hauptstr. 152
Gertrude Fiedler-Josetti,
Berlin, Prinzenstr. 60

Nach langen, schweren Leiden verschied am 19. d. Mts. meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Agnes Winterfeldt

geb. **Alkan**

im Alter von 43 Jahren.

In tiefster Trauer
Max Winterfeldt u. **Kinder**
Louis Silberstein u. **Frau Rosalie** geb. **Pinner** verw. **Alkan.**

Charlottenburg, Dernburgplatz 2.

Beerdigung am Dienstag, den 23. September, 12 Uhr, von der neuen Halle des jüdischen Friedhofs Weissensee.

Kondolenzbesuche dankend verbeten.

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 16. September 1919 in Kipsdorf unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwester, Schwiegermutter und Schwägerin,

Frau Dr.
Clara Weitz.

Die Beerdigung hat in aller Stille bereits stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitten wir freundlichst absehen zu wollen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 20. d. Mts., früh 2 Uhr, entschlief sanft nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Alma Strahlendorf

geb. **Leube.**

Dies zeigen an in tiefer Trauer
Carl Strahlendorf
Hermann Leube als Bruder
Dora Leube als Schwägerin **und Kinder.**

Berlin, Lothringerstr. 6, 20. September 1919.

Die Einäscherung findet statt am Mittwoch, den 24., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstrasse 37/38. Von Kranzspenden bitten gütigst absehen zu wollen.

Nach kurzem schweren Leiden verschied am Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Grossvater, Schwiegervater,

der Oberkantor der Jüdischen Gemeinde

David Stabinski

im 62. Lebensjahre.

In tiefster Trauer
Ida Stabinski geb. **Spiero**
nebst Kindern und Enkelkindern.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der neuen Halle des israelitischen Friedhofes Weissensee aus statt.

Kondolenzbesuche und Blumenspenden dankend verbeten.

Für die anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Gatten, unseres teuren Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters, des Herrn

Jacob Hess

zugegangenen Beweise inniger Teilnahme sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Frau Flora Hess geb. **Rosenfeld**
Artur Hess u. Frau **Erna** geb. **Hirsch**
Emil Friedmann u. Frau **Else** geb. **Hess**
und drei Enkelkinder.

Charlottenburg, 21. September 1919.

Für die uns so zahlreich zugegangenen Beileidskundgebungen anlässlich des Ablebens unseres Mitinhabers, des Herrn

Jacob Hess

sprechen wir auf diesem Wege unseren besten Dank aus.

Hess & Bauchwitz, Neue Friedrichstr. 38/40
Hess & Dörr, Andreasstr. 40.

Berlin, 21. September 1919.

Statt Karten.

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter, Schwieger- und Grossmutter, Frau

Henriette Jacoby

geb. **Heller**

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden herzlichen Dank.

Sanitätsrat Dr. Wroschner und Frau
Richard Jacoby und Frau.

Berlin-Charlottenburg, September 1919.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meiner geliebten Frau sage ich zugleich im Namen meiner Kinder hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.

Hellmuth Philipp,
Berlin W. 15, Pariserst. 61

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

Jacob Pakuscher

erwiesene Teilnahme sprechen wir allen hiermit unseren verbindlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Festdichtungen, Reden, Toaste, A. Cechini, W. 30, Speyererstr. 2.*

Danksagung.

Für die mir beim Heimgange meines geliebten Sohnes

Martin Pincuss,
Rechtsanwalt a. K.-G.

erwiesene herzliche Teilnahme sage ich meinen innigen Dank.

Eduard Pincuss, zugleich im Namen der Angehörigen.
Charlottenb., d 19.9.19
Marburgerstr. 13.

Von der Reise zurück
Prof. **Dr. Abelsdorff,**
Augenarzt.

Von der Reise zurück
Dr. med. Justina Bischofswerder
Aerztin,
Berlin NW.,
Siegmundshof 16.

Von der Reise zurück.
San.-Rat Dr. Burkhart,
Alt-Moabit 108.

Von der Reise zurück
Dr. Georg Wolfsohn,
Schaperstr. 19 Uhland 9855.*

Zurück
Dr. A. Simon
Frauenarzt
Charlottenbg., Grolmanstr. 41.

Zurückgekehrt.
Dr. Felix Baum
Lungenl. u Tuberkulose.

Von der Reise zurück.
Dr. Arthur Stern,
Kantstrasse 139.

Zurück
Dr. Aloys Wagner
Arzt für Nerven- u. Gemütsleiden. Kleiststr. 21, II

Von der Reise zurück.
San.-Rat Dr. Georg J. Müller
Arzt für Haut- u. Harnleiden
Wilhelmstrasse 98.

Von der Reise zurück!
Dr. B. Jungmann
Frauenarzt u. Chirurg
Tauentzienstr. 17.
Ambulatorium:
Wilmersdorferstr. 164.
Tel. Steinpl. 186.*

Von der Reise zurück.
Dr. Ludwig Hirsch,
Frauenarzt,
Kantstrasse 137

Zurück
Dr. Orlowski für Harnleiden
Potsdamerstr. 33.

Von der Reise zurück
Dr. Jacobius,
Charlottenburg,
Tegelerweg 1.

Von der Reise zurück!
Dr. Rudolf Katz,
Frauenarzt,
Motzstrasse 38. 4–6.*

Von der Reise zurück.
Tierarzt Dr. Kantorowicz.

Von der Reise zurück
Zahnarzt Dr. Gustav Boehm
Motzstr. 20.

Von der Reise zurück.
Zahnarzt Dr. med. Boley
Wormserst. 4, a. Wittenbergpl.

Zurück
Rud. Loewenberg,
Zahnarzt,
Nürnbergerstr. 24a.

Von der Reise zurück.
Charlotte Kirsch
Zahnpraxis „Berlin W.“ Geisbergstr. 25 Tel. Kurf. 6164

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Dr. Katz
Greifswalderstr. 1.
Sprechstunden: 8 9. 4–5.
Fernsprecher: Alexander 4675.

Ich wohne jetzt
Pfalzburgerstr. 74
am Ludwigkirchpl.
Dr. Placzek,
Nervenarzt.

Verzogen
nach
Kurfürstendamm 48/49
Prof. Dr. Ehrmann.

November u. Dezember bin ich geschäftlich in Cöln-Mülheim, Mülh. **Freiheit 80,** und schliesse so lange meine Praxis. Zahnarzt **W. Westhoff,** Augsburgerstr. 29.

Ich bin zum Notar im Bezirk des Kammergerichts ernannt.
Georg Lewy, Rechtsanwalt, S. 59, Kottbuserdamm 39.

Unser Büro ist vom 16. 9. ab von 8–6 Uhr geöffnet.
Sprechstunden: 8–9 vorm., 4–5 nachm. (auss. Sonnabend).
Dr. Alfred Eisenstaedt, Notar.
Dr. Salli Hirsch, Rechtsanwälte.
Berlin SW. 11, Hallesche-strasse 18.

Festgottesdienst
לראש השנה ויום כפור
im Saale des
Deutschen Opernhauses
Bismarckstrasse 34–37.
Billets zu haben bei Hoch, **Schillerstr. 51,**
Ecke Kaiser Friedrichstr.

לראש השנה ויום כפור
Gottesdienst und Predigt ist in diesem Jahre **nicht** im **Englischen Garten,** sond. **Weberstr. 17** (Gross. Prachtsaal. **Für gut. Kantor und Prediger** ist gesorgt. Kartenverkauf tägl. von 10–5. **Jakubowicz.**

Tiergarten-Synagoge an der Potsdamer Brücke.
Plätze-Vermietung v. 4–6 Uhr.*

Synagoge Clausewitzstr. 4
am Kurfürstendamm
Plätzevermietung tägl. vorm. von 10–1, nachm. v. 4–7 Uhr.

Gottesdienst u. Predigt findet unter Leitung eines hervorragenden Kantors im **Logenheim,** Rosenthaler Str. 56, statt. Einlasskarten sind bei Rosenberg, Rosenthaler Str. 14, zu haben.

Damenplatz
Synag. Lützowstr., ist gegen Herrenplatz umzutauschen
Seliger, Hardenbergstr. 1.

Synagoge Lützowstr. Herrenplatz gesucht. Uhland 1754.

Kaiserstr. od. Alte Synagoge werden **2 Herrenplätze** gesucht. **Eick,** Gontardstr. 4. Alexander 228.

Zu Hochzeiten,
Vereins- und Privatfestlichkeiten verleihe Theater- und Maskenkostüme, Uniformen, Trachten, Rüstungen, Pauken, billigst.
Graf, Berlin, Steinmetzst. 11.
Bitte ausschneiden und aufheben.

Kino-Apparat m. Zubeh. vk. Beale, Alexandrinenstr. 99.

Schlafzimmer,
Eiche, einfaches Herrenz., Klubgarnitur, einz. Sessel, antiken Barocksekretär verk. Jaenicke, Münchenerst. 16, I.

Gute Antiquitäten
Möbel, Porzellane, Gemälde, Gobelins usw.
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Ankauf & Kostenlose Schätzungen wertvoller Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.
Zentr. 3495.

Von der Kritik allgemein gelobt

Der Wanderer
Roman von Paul A. Kirstein

„... Ungemein fein ist das Seelenleben dieses Wanderers gestaltet. Ein Buch, das einen nachhaltigen Eindruck hinterlässt, zu dem wir gern immer wieder greifen .....“

Geh. M. 5,—, geb. M. 7,—

VERLAG RUDOLF MOSSE, BERLIN SW 68

Die **Schauspielerin Katharina (Käthe) Krüger** geboren am 11. Juni 1874, wolle sich in einer
Erbschaftsangelegenheit
melden bei
H. Wähmer, Halle a. Saale, Bismarckstrasse 21.

לרוש השנה ויום כפור
Synagoge Bismarckstrasse 40.
Kartenverkauf nur Niebuhrstr. 54.
Umtauschkarten erhalten Vorzugsplätze.

Religionsverein Wilmersdorf.
Festgottesdienst Schubert-Säle (Kollendorfplatz).
Predigt **Rabb. Dr. Fink;** musik. Kantor. Kartenverkauf daselbst tägl. 4–6 nachm. und Güntzelstr. 44. Tel. Lützow 1705.*

5680 לראש השנה ויום כפור **1919**
Festgottesdienst und Predigt mit Orgel
im Festsaal **Kurfürstendamm 120,** a. d. Halensee Brücke. Plätzevermietung tägl. vorm. v. 10–1, nachm. v. 4–7 Uhr dortselbst sowie Clausewitzstrasse 4. Tel.: Steinplatz 6268.

Institut f. Schwerhörige
Sprechst. 10–1, 4–6. **Tel. Steinpl 9632.**
San.-Rat Dr. Karl Herschel
Spez.-Arzt f. Ohren-, Nasen-, Halsleiden
Charlottenbg., Rankestr. 29, Nähe Kais.-Wilh.-Gedächtniskirche.

Hohe Belohnung!
Erkennungsmarke
:: XIII R. Scots ::
des englischen Majors
George Macpherson
gesucht.

Auch nähere Angaben, wo evtl. beerdigt.

Major fiel am 20. 9. 15 in Flandern am Hügel 70 bei Loos – 70 Yards von der Spitze des Hügels in der Richtung Loos. Frdl. Zuschriften bittet man an **Frau von Waldheim, Göttingen,** Gausstr. 18 zu richten.

Auslagen werden gern vergütet.

Sehnenscheidenentzündung
Musikerkrampf, Zittern
u. ähnliche Störungen **heilt** nach der von Prof. Esmarch, Nussbaum, Billroth usw. anerkannten Methode des verstorbenen Julius Wolff einzige Assistentin und Tochter Frau **Thea Golwer-Wolff, Berlin, Augsburger Strasse 16.** — Man verlange Prosp.

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre
kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, **BERLIN Friedrichstrasse 91/92**
zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse

ENGLISH als ob in England Englische Fibel **Weiss,** Tauentzienstr. 5.

Festdichtungen,
Tafellieder, Tischreden usw.
Max Joseph, Motzerstr. 83, I.
Telefon Humboldt 4003.

Festdichtungen jed. Art
Literarisches Büro
Pariserstr. 20 III. Pfbg. (3353).

Festdichtungen, Vorträge Reden.
Waldow, Charl., Kanalstr. 11.

Modesalon Bendit
Passauerstr. 39 A, I.
Kostüme, Reitkld., Mäntel.*

Wer vermag **Auskunft** zu geben über das **Schicksal meines Sohnes,** des Landsturmmannes
Carl Jensen,
Reserve-Infanterie-Reg. Nr. 287. 1. Komp.
Er wird seit dem **18. Oktober 1918** in der Schlacht von **Menevret** (Westfront) vermisst, und zwar mit vielen Kameraden seines Zuges.
Etwaige Nachrichten mit voll. Ang. d. Adr. des Abs. werden m. tiefem Dank von mir entgegengenommen.
Braderup, Post Klixbüll (Schleswig-Holstein), den 22. August 1919.
Julius Jensen.

Perl- u. Flitterbesätze, Perlroben, Perlblusen,
Ein- u. Ansätze aus Spitzen u. Stickereien
sehr preiswert.

Hermann Engel
Landsberger Strasse 85, 86, 87.

Kostüm- u. Kleiderstoffe
hervorragende Qualitäten
Gabatin, Twill, Tricotin, Velour de laine.
Flauschstoffe für Damenmäntel.

Elegante Neuheiten
in
garnierten Damenhüten
aus Zylinder, Panne, Samt, Borde, Filz u. Velour.
Jugendliche Samtkappen
47 M., 36 M., 33 M.
Stangen Kronen-Paradiesreiher.

Elegante Neuheiten
in
Seidenblusen
aus Crepe de chine, Taffet, Seidenvoile und anderen Seidenstoffen, mit und ohne Schoß, in vielen Farben.

Eleganteste Modellkonfektion.

Tanzkleider aus Crepe de chine, Chiffon und Seide. × Kleider für Film und Bühne. × Elegante Nachmittagskleider. × Kammgarn- und Gabatinkostüme, Ersatz für Maß, 486 M., 439 M. × Schwarze und Marine-Jackenkleider aus guten Stoffen, ganz auf Seide gefüttert, 269 M., 225 M. × Jackenkleider für Jugendliche 69.50 M. × Elegante Plüsch- und Velour-Chiffon-Mäntel, z. T. mit Pelz verbrämt. × Ulster aus weichen Flauschstoffen 245 M., 234 M. × Wintermäntel für Jugendliche 42 M. × Berauschend schöne Morgenröcke aus Liberty und Crepe de chine. × Kleiderröcke für Jugendliche 19.75 M. × Imprägnierte Seidenmäntel 225 M.

Seal-Electric-Mäntel. × Iltiskragen und Muffe. × Maulwurfwesten
in modernster Verarbeitung.
Alaskafüchse × Kreuzfüchse × Weißfüchse × Blaufüchse.

Perserteppiche
in grosser Auswahl
für Speise-, Wohn- und Herrenzimmer
Verbindungsteppiche u. Galerien in allen Arten.

Deutsche Teppiche
Perser- u. mod. Muster
360 M. 295 M. 225 M.

Künstlergardinen
(2 Schals u. Querbehang) gewebt u. Erbstüll
125 M. 95 M.

Waffelbettdecken
weiß u. farbig
36 M. 28 M.

Halbstores
in eleganter Ausführung
98 M. 78 M.

Damenhemden mit Langette u. Säumchen 22.75 M	**Kniebeinkleider** extra prima Hemdentuch mit Stickerei 25.25 M.	Geschlossene **Damenbeinkleider** mit Stickerei, gerade Form, 18.75 M. 15.90 M.	**Weisse Unterröcke** aus gesticktem Voile mit breitem Spitzenvolant 55.75 M.	Weisse **Herrentaghemden** 16.40 M.	**Herren-unterbeinkleider** 14.75 M 11.75 M.	**Bettbezüge** aus prima Renforcé, Oberbett mit zwei Kissen, 80.50 M.	Schwarze **Damenstrümpfe** Paar 7.50 M.